



Mitgliederzeitung der SP Schweiz

132 • CH Dezember 2012 AZB 3001 Bern

Keystone



Sicher ins Alter

Der Bundesrat will AHV und Pensionskasse in einem Paket reformieren. Vizepräsidentin Jacqueline Fehr sagt im Interview, zu welchen Reformen die SP bereit ist, was im roten Bereich liegt und welche Botschaft sie den Bürgerlichen unter den Weihnachtsbaum legt.

Seiten 2 und 3

POSITIONEN



20 Jahre EWR-Nein:
Ein Fazit von
Nationalrätin
Susanne
Leutenegger
Oberholzer.

Seiten 4 und 5

AKTIV



Freudiges Ereignis
bei der SP-Familie:
Sechzig plus
heisst das
Nesthäkchen der
SP Schweiz.

Seite 7

INTERNATIONAL



**Wahlen in der
Ukraine:**
Betrug, Stimmenkauf
und Intransparenz
gefährden die
Demokratisierung.

Seite 14

«Mit den Renten wird nicht gespielt»

Bundesrat Alain Berset hat Ende November seine Reformvorschläge für die Altersvorsorge präsentiert. Die SP sei zu Reformen bereit, sagt Vizepräsidentin Jacqueline Fehr, solange die Renten gesichert seien. Interview: Andrea Bauer

«links»: Wird nach mehreren erfolglosen Versuchen, die Altersvorsorge zu reformieren, Bundesrat Alain Berset nun der Coup gelingen? Jacqueline Fehr: Wir wünschen ihm das. Das Ziel der Reform ist, die Altersvorsorge zukunftsfähig zu machen und die Renten zu sichern. Dann wird sie im Volk eine Mehrheit finden. An diesem Ziel wird die SP zusammen mit ihrem Bundesrat arbeiten.

Neu ist, dass Bundesrat Berset die erste und die zweite Säule gemeinsam reformieren will. Ist das sinnvoll?

Ich sehe das als grosse Chance. Das Vorgehen bietet mehr Möglichkeiten für eine mehrheitsfähige Lösung. Die letzten beiden Reformen – notabene unter freisinniger Führung – sind gescheitert, weil sie zu einem massiven Sozialabbau geführt hätten.

Vor allem gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre regt sich Widerstand ...

Das ungleiche Rentenalter ist heute dadurch gerechtfertigt, dass die Frauen schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Bevor wir bereit sind, das Rentenalter anzupassen, müssen die Chancen der Frauen darum verbessert werden. Die AHV profitiert so gleich doppelt: Die Frauen zahlen ein Jahr länger ein und ihre Beiträge sind dank der höheren Löhne auch noch höher. Konkret könnte man fordern: Pro 25 Prozent, um die die Lohnungleichheit verringert werden kann, wird das Frauenrentenalter um 3 Monate erhöht. In dem Moment, in dem wir die Lohngleichheit erreichen würden, wäre das Frauenrentenalter bei 65.

Ob jemand länger arbeiten kann oder will, hängt doch vielmehr von der Art der Arbeit ab – und nicht vom Geschlecht.

Tatsächlich müssen wir auch die Stellung der Menschen im Arbeitsmarkt berücksichtigen. Je prekärer jemand angestellt ist, desto höher ist das Risiko, dass sie oder er vor dem gesetzlichen Rentenalter krank und ausgebrannt ist. Paradoxe Weise können heute jene Leute den Arbeitsmarkt früher verlassen, die gut ausgebildet und gut situiert sind. Diejenigen hingegen, die sich eine Frühpensionierung nicht leisten können – im Detailhandel oder im Reinigungsgewerbe –, müssen bis 65 arbeiten. Diese Situation ist pervers. Unsere Antwort darauf ist das Lebensarbeitszeit-Modell:

Das Pensionsalter soll durch die Anzahl Jahre bestimmt werden, über die jemand Beiträge geleistet hat. Damit würde man der Tatsache gerecht, dass Menschen, die früher in den Arbeitsmarkt eintreten, meistens auch in einer prekäreren Arbeitsmarktsituation sind als jene mit langen Ausbildungen und späterem Eintritt ins Erwerbsleben.

Ein Lebensarbeitszeit-Modell enthält die jetzige Vorlage aber nicht ...

Der Bundesrat dreht mit seinem Vorschlag sehr vorsichtig an den Schraubchen des bestehenden Systems. Ich habe teilweise Verständnis dafür – die Übungsanlage ist so schon gross und risikoreich. Wir sprechen aber schon lange von der Absurdität, dass diejenigen früher in Pension gehen können, die es gar nicht nötig haben. Ein Wechsel zur Lebensarbeitszeit ist sicher nicht von heute auf morgen möglich. Aber wir können jetzt die Grundsteine legen. Wir können neben dem Rentenalter als zweites Kriterium die Lebensarbeitszeit einführen. Anrecht auf eine volle Rente hätten somit jene, die entweder die Lebensarbeitszeit oder das Pensionsalter erreicht haben.

«Der Bundesrat dreht sehr vorsichtig an den Schraubchen des Systems.»

Weshalb steht denn das Lebensarbeitszeit-Modell in dieser Reform nicht zur Diskussion?

Das Bundesamt für Sozialversicherungen ist eher skeptisch gegenüber dem Modell. In den Parteien hingegen gibt es eine grosse Unterstützung. Ich habe alte Papiere der FDP ausgegraben, in denen es vehement gefordert wird. Die Aufgabe wird nicht einfach. Statt über das Rentenalter wird man sich einfach über die Beitragsjahre streiten. Sollen es 40, 41, 42 sein? Trotzdem ist es eine Piste, die wir aufnehmen müssen. Nimmt sie der Bundesrat nicht auf, werden wir versuchen, sie in den Kommissionsberatungen auf die Agenda zu setzen.

Der Bundesrat will mit der Reform das tatsächliche Rentenalter an das gesetzliche anpassen ...

Das ist richtig. 40 Prozent der Arbeitnehmenden arbeiten nämlich nicht bis zum heute gültige Rentenalter, sei es, weil sie als Gutsituierte frühpensioniert werden, weil sie körperlich angeschlagen in die IV abgeschoben oder vorher arbeitslos werden. So liegt das tatsächliche Rentenalter der Frauen nicht bei 64, sondern bei etwas über 62 Jahren. Die Arbeitgeber

schreien dauernd nach einer Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters, sind aber nicht bereit, den älteren Arbeitnehmenden im Betrieb eine wirkliche Perspektive zu bieten. Diese Doppeltzungigkeit ist zynisch. Das Ziel muss sein, dass alle gesund und würdig bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten können.

Der Umwandlungssatz der zweiten Säule soll gesenkt und die Renten damit gekürzt werden. Der Bundesrat verspricht dafür strengere Kontrollen bei den Pensionskassen. Das entspricht dem, was die SP will, oder?

Ja, jedoch in anderer Reihenfolge. Wir wollen die Transparenz, die strengeren Kontrollen und die Einsparungen bei den Verwaltungskosten zuerst, und wir wollen vor allem, dass die Kontrollen auch durchgesetzt werden. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Versicherungen die Vorschriften eigenmächtig anders interpretieren und die Überwachungsinstanz Finma dies auch noch zulässt. Damit haben sie uns das Vertrauen endgültig geraubt. Wir wollen bei dieser Reform sicherstellen, dass das, was den Versicherten gehört, auch den Versicherten zukommt. Wollen die Versicherungen jemals mit uns über den Umwandlungssatz diskutieren, rate ich ihnen sehr, endlich ihre Hausaufgaben zu machen. Wenn wir anschliessend über den Umwandlungssatz sprechen, hat die Sicherung der Renten für die SP oberste Priorität. Will heissen: Sollte es in der zweiten Säule dereinst zu Rentenkürzungen kommen, müssen diese durch die AHV kompensiert werden.

Die SP steht aber hinter der zweiten Säule ...

Ja. Wir hatten eine lange Diskussion am Parteitag in Lausanne über unsere Haltung zur zweiten Säule. Der Parteitag hat entschieden, das System nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, obwohl wir uns alle bewusst sind, dass das Kapitaldeckungsverfahren der Pensionskassen deutlich schlechter funktioniert als das Umlagemodell der AHV. Wir stehen grundsätzlich hinter beiden Säulen. Die Pensionskassen sind für die Menschen so bedeutungsvoll geworden, dass wir damit nicht leichtfertig umgehen dürfen. Wir fordern aber tiefgreifende Reformen. Wir müssen verhindern, dass noch mehr Kapital in die zweite Säule fliesst. Zum Beispiel indem wir innerhalb der zweiten Säule für Hochbetagte ein Umlageverfahren einführen. Die Kapitalanhäufung und der dadurch ausgelöste Anlagedruck führen zu vielen weiteren Problemen wie Immobilienspekulation und Renditezwang auf den Aktienmärkten.

Laut EDI gerät die Altersvorsorge in finanzielle Gefahr, wenn auch diese Reform misslingt ...



Jacqueline Fehr: «Wollen die Versicherungen jemals über den Umwandlungssatz diskutieren, rate ich ihnen, endlich ihre Hausaufgaben zu machen.»

Das ist eine nutzlose Drohkulisse. Wenn es jemals Zahlen zur AHV-Prognose gab, die stimmten, dann waren es nachweislich die der Gewerkschaften und nicht die offiziellen des Bundesamts für Statistik. Ich empfehle, eine Altersreform nicht mit Angstmacherei durchdrücken zu wollen, sondern mit guten Vorschlägen. Wir können uns jetzt die Zeit nehmen, ein Paket zu schnüren, das die Altersvorsorge zukunftsfähig und sicher macht.

Irgendwann werden wir wohl Geld in die AHV einschliessen müssen. Der Bundesrat schlägt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vor...

Das Wichtigste für die AHV sind gute Löhne. Schliesslich hängt die finanzielle Situation und damit die langfristige Sicherheit der AHV von der Höhe der einbezahlten Lohnsumme ab. Eine Mindestlohninitiative und Lohngleichheit tragen deshalb wesentlich zur Stabilisierung der AHV bei. Als ich 1963 geboren wurde, lag die Minimalrente bei 90, heute ist sie bei 1160 Franken. In dieser Zeit musste der Bund die Lohnbeiträge nur einmal leicht erhöhen. Sollte die AHV tatsächlich in Schwierigkeiten kommen, müssen wir eine soziale Zusatzfinanzierung suchen. Die Mehrwertsteuer ist für uns im roten Bereich, sie ist eine unsoziale Steuer. Stattdessen müssen wir die Fehler aus der Unternehmenssteuerreform II korrigieren, seit der es erlaubt ist, Vergütungen in Form von Dividenden auszuzahlen statt als Lohn. Dadurch entgehen der AHV Hunderte von Millionen. Prioritär ist für uns auch die Erbschaftssteuer, weil sie eine sehr gerechte Steuer ist. Auch zusätzliche Mittel der Bundessteuer sind denkbar – solange wir Kampfflieger kaufen können, können wir auch die AHV finanzieren.

Die bürgerlichen Parteien fordern mit Vehemenz eine Schuldenbremse für die AHV. Wie steht die SP dazu?

Wir kennen eine Schuldenbremse in der Arbeitslosenversicherung. Hinter der können wir stehen. Entscheidend ist letztlich, wie die Schuldenbremse ausgestaltet ist. Sie darf keinen Automatismus zum Rentenabbau enthalten und muss zwingend auch Mehreinnahmen ermöglichen.

Was wird schlussendlich von all den Vorschlägen des Bundesrats übrig bleiben?

Wenn das Parlament den Job gut macht, kommen wir der Lohngleichheit einen grossen Schritt näher. Wir werden die Transparenz innerhalb der Pensionskassen erhöhen, um sie stabiler zu machen, und ein Teil-Umlageverfahren in der zweiten Säule einführen. Und wir werden die Renten nicht nur sichern, sondern für die untersten und mittleren Einkommen leicht erhöhen. Wir wissen, was das Volk will: eine sichere AHV und eine sichere zweite Säule. Mit den Renten wird nicht gespielt – diese Botschaft legen wir den Bürgerlichen unter den Weihnachtsbaum.

DIE REFORMVORSCHLÄGE

AHV

Rentenalter Das Frauenrentenalter soll auf 65 Jahre erhöht werden.

Erhöhung des tatsächlichen Rentenalters Das tatsächliche Rentenalter soll so nahe wie möglich bei 65 sein. Heute beträgt es bei Frauen 62,6, bei Männern 64,1 Jahre. Dafür sollen die bestehenden steuerlichen Anreize für Frühpensionierungen reduziert werden. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, auch älteren Arbeitnehmenden gute Arbeitsbedingungen zu bieten.

Flexibilisierung des Altersrücktritts Das Rentenalter soll flexibilisiert werden. Wer sich jedoch vor 65 pensionieren lässt, muss Rentenkürzungen in Kauf nehmen. Für Menschen mit tiefen Einkommen sollen diese abgedeckt werden.

Referenz- statt Rentenalter Neu soll die Rede vom «Referenzalter» statt vom «Rentenalter» sein. Damit wird klargestellt, dass vermehrt über 65 Jahre hinaus gearbeitet werden soll.

Zusatzfinanzierung Für die Finanzierung der AHV soll eine Erhöhung der Mehrwertsteuer geprüft werden.

BVG

Strengere Kontrollen Die Transparenz bei den im Pensionskassen-Geschäft aktiven Versicherern soll erhöht, die Versicherer besser kontrolliert werden. Die Gewinne zwischen Versicherten und Aktionären sollen gerecht verteilt werden.

Senkung des Umwandlungssatzes Wegen der steigenden Lebenserwartung und der tiefen Renditen soll der heutige Umwandlungssatz gesenkt werden. Konkret hätte dies eine Senkung der Renten zur Folge.

Kompensationsmassnahmen Für die vom Übergang vom alten zum neuen Umwandlungssatz betroffene Generation sowie für tiefe und mittlere Einkommen sollen Ausgleichsmassnahmen ergriffen werden.

STANDPUNKT

Flavia Wasserfallen
Co-Generalsekretärin



Für einmal einhellig

Mir ist in meiner dritten Arbeitswoche etwas Merkwürdiges passiert. Anstatt mich mit meinen KollegInnen von SVP, FDP und CVP über politische Themen zu streiten, haben wir zusammen einen empörten Brief geschrieben. Empfängerin unserer Kritik war die SBB und Grund war ein unmögliches Nutzungsreglement für politische Aktionen in Bahnhöfen. Da das Bundesgericht in einem Urteil festgehalten hat, dass Bahnhöfe als öffentlicher Grund gelten, musste die SBB fortan auch Unterschriftensammeln und Verteilaktionen ermöglichen. Dass dafür ein Nutzungsreglement nötig ist, leuchtet ja ein. Dass die SBB für das Sammeln von Unterschriften pro Halbtage über 1000 Franken verlangen wollte, entbehrt jedoch jeder politischen Sensibilität und untergräbt das Gerichtsurteil – politische Aktionen auf öffentlichem Grund sind nämlich grundsätzlich gratis und bewilligungsfrei. Kein Wunder also, haben sich die GeneralsekretärInnen der vier grossen Parteien auf Initiative der SP in einem offenen Brief an SBB-CEO Meyer gewandt: Die Nutzungsbestimmungen, insbesondere die saftigen Gebühren, sind für uns nicht akzeptierbar. Nur Stunden nach der Veröffentlichung des Briefes hat die SBB das Reglement sistiert, die Überarbeitung in Aussicht gestellt und die Parteien zu einem Treffen eingeladen, welches bereits stattgefunden hat. Das neu vorgelegte Reglement kommt den Parteien in weiten Teilen entgegen, auch wenn es einige Punkte gibt, die den Praxistest noch bestehen müssen. Für die SP ist und bleibt zentral, dass Unterschriftensammlungen und Verteilaktionen gratis sind und die Bewilligung dazu rasch und unkompliziert ausgestellt wird. Dies hat die SBB uns versichert. In einem halben Jahr will die SBB mit den Parteien erste Erfahrungen mit dem Reglement austauschen und Verbesserungen diskutieren. Wenn ihr also in den nächsten Monaten beim Sammeln und Verteilen in den Bahnhöfen schlechte (oder auch gute) Erfahrungen sammelt, bin ich an eurem Feedback interessiert! Und was das gemeinsame Vorgehen mit SVP, FDP und CVP betrifft, bin ich mir durchaus bewusst, dass solch breite und klare Einhelligkeit unter uns GeneralsekretärInnen zwar vorkommen kann, aber nicht zum Courant normal gehören wird.

EWR by Salami taktik

Das Fazit zwanzig Jahre nach dem EWR-Nein: Nicht der Alleingang hat uns vor Verlusten bewahrt, sondern die trotz dem Nein erfolgte schrittweise und heimliche Übernahme von EU- und EWR-Recht.

Am 6. Dezember 1992 lehnten die Stimmen mit 49,7 Prozent Ja zu 50,3 Prozent Nein den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum knapp ab. Deutlicher war das Resultat bei den Ständen: 6 plus 2 Halbkantone im Ja- und 14 plus 4 Halbkantone im Nein-Lager.

Wer das politische Umfeld halbwegs nüchtern analysierte, konnte die politischen Konsequenzen des Entscheids bereits im Vorfeld abschätzen. Christoph Blocher rechnete mit der Mobilisierung der fremdenfeindlichen Kräfte der FDP und der CVP für die SVP. Die Rechnung ging auf. Eine massive Stärkung der SVP war die Folge.

Weniger klar war die Strategie bei den linksgrünen Parteien. Für Euro-Turbos wie SP-Bundesrat und Aussenminister René Felber war selbst die Forderung nach flankierenden Massnahmen ein Bremsmanöver. Im Bundesrat gab es keine Mehrheit für griffige flankierende Massnahmen. Den EWR verkaufte man als «Trainingslager» (Ogi) für den EU-Beitritt. Der Bundesrat reichte in Brüssel ein Beitritts-gesuch ein.

Grüne: Ökologischer Alleingang

Die Grünen versprachen für die Zeit nach einem Nein zum EWR den erfolgreichen ökologischen Alleingang. Heute stehen sie nicht einmal mehr öffentlich zu ihrer damaligen Fehleinschätzung. Von der historischen Verantwortung wollen sie nichts wissen. Ambivalent waren Kräfte wie Rudolf Strahm, der in seinem Buch «Europa-Entscheid» in Sachen Umwelt fein säuberlich alle denkbaren Rückschritte und damit alle Argumente gegen den EWR lieferte. Heute muss er im «Migros-Magazin» seine Einschätzung revidieren und feststellen, dass die EU in Sachen Umwelt- und Konsumentenschutz besser dasteht als die Schweiz.

Kritische Linke für den EWR

Die realistische Linke und die Gewerkschaften nahmen die Ängste der Basis in der täglichen Arbeit wahr. Sie formulierten eine kritische Position gegenüber Europa, waren «kritisch für den EWR» und forderten flankierende Massnahmen zum Schutz der Lohnabhängigen und der Umwelt. Für uns war klar: Das Problem ist nicht die EU, respektive damals die EG, son-

dern der ungebändigte Kapitalismus. In einer globalisierten Wirtschaft braucht es neue Regulierungen in den massgebenden politischen Räumen. Und ein solcher ist die EU. Wir waren



Salami taktik:
Scheibe für Scheibe
zum EWR.

überzeugt, dass die Schweiz auch als EU-Mitglied die direkte Demokratie ausbauen und sozial und ökologisch Gegensteuer geben kann und muss. Unser damaliges Manifest wurde von rund 120 Persönlichkeiten aus der SP

«Für uns war klar: Das Problem ist nicht die EU, sondern der ungebändigte Kapitalismus.»

und den Gewerkschaften unterschrieben. Peter Bichsel begleitete das Manifest mit einem brillanten Text zur Befindlichkeit der Schweiz und der Schweizerinnen und Schweizer (s. www.s-leutenegger-oberholzer.ch).

Die Schweiz war politisch nach der EWR-Abstimmung nicht mehr die gleiche wie zuvor. Christoph Blocher hatte mit der EWR-Abstimmung die Schweiz aufgemischt wie seinerzeit James Schwarzenbach mit seinen Überfremdungsiniciativen in den Siebzigerjahren. Ich entsinne mich noch der hässlichen Szenen im Vorfeld der Abstimmung, als ich für die POCH mit Standaktionen dagegen auf die Strasse ging.

Mit Salamitaktik zum EWR light

Nach der EWR-Abstimmung waren die Grünen traumatisiert. Die bürgerlichen Parteien in drei Lager gespalten. Der entstandene politische Schaden ist weit grösser als der wirtschaftliche. Die Schweiz hat, beweglich wie immer, Schritt für Schritt mit einem autonomen Nachvollzug und bilateralen Verträgen den EWR light realisiert.

■ Die Personenfreizügigkeit, vor der 1992 die Menschen Angst hatten, ist heute realisiert, dank härteren flankierenden Massnahmen, die die Gewerkschaften durchgesetzt haben.

■ Die 40-Tonnen-Lastwagen sind heute zugelassen. Dank Peter Bodenmann und Pascal Couchepin werden mit der LSVA die Rationalisierungsgewinne abgeschöpft.



fotolia

■ Der Agrarfreihandel bewegt sich zwar nur langsam, aber immerhin. Die Preise für fette und halbfette Schweizer Käse haben sich mit der Öffnung der Märkte halbiert. Bald werden unter dem Druck der Konsumentinnen und Konsumenten die Preise und vor allem die ungerechtfertigten Margen für Fleisch sinken.

■ Die Schweiz und die EU haben mittlerweile rund 120 bilaterale Abkommen geschlossen. Mit dem autonomen Nachvollzug von EU-Recht wurde die schweizerische Rechtsordnung schleichend derjenigen der EU angeglichen. Inzwischen sind 40 bis 60 Prozent des neueren schweizerischen Rechts vom EU-Recht massgeblich beeinflusst.

■ Ökologisch hat die Schweiz ihre Vorreiterrolle längst verloren. SP, Grüne und Umweltorganisationen haben auf diesem Feld klar versagt.

Salami-Taktik auch beim Steuerhinterziehergeheimnis

Die Schweiz ist zwar beweglich. Die Bilanz zwanzig Jahre nach dem EWR-Nein zeigt: Nicht der Alleingang hat uns vor Verlusten bewahrt, sondern die schrittweise und heimliche

«Die souveräne Schweiz passt sich schleichend an.»

Übernahme von EU-/EWR-Recht trotz des Volks-Neins. Nur: Der ganze Prozess erfolgte mühsam und mit weniger demokratischer Mitsprache.

Das Gleiche wiederholt sich beim Steuerhinterziehergeheimnis: Wie beim EWR stellen wir mit der Banken-Initiative 1979 und erneut 1994 im ersten Wirtschaftskonzept der SP die Weichen richtig – wir forderten erneut die Aufgabe des Bankgeheimnisses. Selbst in SP-Kreisen stiess dies damals nicht nur auf Gegenliebe.

Heute mag sich fast niemand mehr daran erinnern. Die souveräne Schweiz passt sich schleichend an:

■ Der Bundesrat hebt im März 2009 auf Druck der OECD den Unterschied zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aus.

■ Der Bundesrat schafft 2010 auf Druck der USA den rechtlichen Rahmen für die rückwirkende Auslieferung der Bankdaten von US-Steuerhinterziehern durch die UBS. Vergleichbare Aktionen für weitere Banken folgen.

■ Mit der Abgeltungssteuer werden Banker zu Inkassostellen für den ausländischen Fiskus.

■ Auch Grossbanker und Ex-Botschafter verlangen öffentlich das Ende des Steuerhinterzieher-Geheimnisses.

Die Schweiz bestimmt nicht autonom, sondern sie passt sich, wenn es um ihre wirtschaftlichen Interessen geht, beweglich an. In der gleichen Weise, wie wir das Diktat der amerikanischen Steuerbehörde IRS bei den Steuern brav nachvollziehen und uns von der OECD die Amtshilfepolitik bestimmen lassen, wird uns Brüssel den Weg in Richtung EU diktieren.

Wer nachvollziehen will, muss weitermachen wie bisher. Wer wirklich mitentscheiden will, muss wirklich mitmachen.

Susanne Leutenegger Oberholzer
ist Nationalrätin BL



Schutz für Arbeitnehmende

Der Nationalrat will den Schutz der Arbeitnehmenden verbessern und die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit einer Solidarhaftung ergänzen. Dadurch können Firmen, welche Aufträge an Drittunternehmen weitergeben, bei Lohndumping haftbar gemacht werden. Die Unternehmen können damit ihre Verantwortung nicht mehr wegdelegieren. Neben dem längst überfälligen Schutz der Arbeitnehmenden sorgt dieser wichtige Entscheid überdies für gleich lange Spiesse in der Wirtschaft. Bislang hatten Grossfirmen Vorteile gegenüber kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Adoption in Regenbogenfamilien

Der Nationalrat hat in der Wintersession deutlich Ja gesagt zur Stiefkinderadoption von eingetragenen gleichgeschlechtlichen Paaren. So werden Kinder von solchen Paaren auch rechtlich endlich den Kindern heterosexueller Eltern gleichgestellt. Für die SP muss jedoch der Kampf gegen die Diskriminierung weitergehen: Bislang ist die häufigste Adoptionsform – die Adoption eines fremden Kindes – für Paare in eingetragener Partnerschaft weiterhin nicht möglich. Ausserdem wird weiterhin eine vollständige Gleichstellung von Paaren in eingetragener Partnerschaft gefordert.

24-Stunden-Shopping

Der Nationalrat will eine weitestgehende Liberalisierung der Öffnungszeiten für Tankstellen-shops. Dies läuft allen Bestrebungen für gute Arbeitsbedingungen zuwider. Die Güterabwägung zwischen den Anliegen der Shopbetreiber, den Bedürfnissen der Gesellschaft und den Interessen der Angestellten darf nicht einseitig und nur zu Lasten der Belegschaft ausfallen. Das Referendum gegen diese Vorlage wurde bereits angekündigt. Die SP entscheidet Mitte Januar über die Unterstützung.

Bildung für alle statt für wenige

ETH und EPFL planen eine Verdoppelung der Studiengebühren. Die SP kritisiert diesen Schritt aufs Schärfste: Eine derartige Erhöhung der Studiengebühren führt dazu, dass sich nicht mehr alle ein ETH-Studium leisten können, die dies wollen. Angesichts des Fachkräftemangels in der Schweiz ist dies umso unverständlicher. Der Zugang zu guter Bildung ist das Recht aller und nicht bloss dasjenige einiger weniger.

AG Gleichstellung: Erste Sitzung

Am 29. Januar trifft sich die neu eingesetzte AG Gleichstellung zu ihrer konstituierenden Sitzung (18.15, Sitzungszimmer der SP Schweiz, Spitalgasse 34 in Bern). Auf der Traktandenliste stehen die Diskussion der Aufgaben und Schwerpunkte sowie ein thematischer Input. Alle Interessierten, egal welchen Geschlechts, sind herzlich zur Teilnahme eingeladen. Anmeldungen an barbara.berger@sp-frauen.ch



Christian Levrat (hinten rechts) beim Treffen mit den Präsidentinnen und Präsidenten der europäischen Schwesterparteien.

Am Familientreffen in Brüssel

Am 28. und 29. September trafen sich in Brüssel Vertreterinnen und Vertreter sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien aus ganz Europa. Auch die SP Schweiz war als assoziiertes Mitglied mit einer Delegation vor Ort.

Im Zentrum des Kongresses der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) standen zum einen die Wahl des Präsidiums (neuer Präsident ist der Bulgare Sergei Stanishev) sowie diverse Statutenänderungen. Zum andern war der Kongress eine Art Startpunkt für die Wahlen des Europäischen Parlaments 2014, bei der die SPE erstmals mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten oder einer Spitzenkandidatin antreten will. In diesem Kontext wurde die Resolution «Gemeinsam für das Europa, das wir brauchen» verabschiedet, in der die programmatisch-inhaltlichen Eckpunkte der sozialdemokratischen Politik in Europa für die nächsten Jahre skizziert werden. Die Resolution umfasst ein Programm für die wirtschaftliche Erholung, das sich in expliziter Abgrenzung gegenüber der nach wie vor dominanten Austeritätspolitik auf Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die stärkere Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte abstützt. Zudem wird die Entwicklung einer europäischen Sozialunion als Ziel genannt, die soziale Rechte absichert und gemeinsame hohe Sozialstandards auf nationalstaatlicher wie auch auf europäischer Ebene definiert. Ebenfalls betont wird die Notwendigkeit einer Demokratisierung Europas sowie einer konsequenten Verteidigung der Menschenrechte.

Aus einer schweizerischen Perspektive lohnt es sich, zwei dieser Themen näher zu betrachten: Einerseits die angestrebte Wachstumspolitik, andererseits die Verstärkung der europäischen Integration. Zuerst zum Wachstum: Mit Blick auf Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien ist es zwingend not-

wendig, dass den Menschen wieder (Arbeitsplatz-)Perspektiven geboten werden. Und das bekannte – sozialdemokratische – Rezept dafür heisst Wachstum. Allerdings gälte es zuerst den notwendigen 180-Grad-Kurswechsel hin zu einer gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen europaweit konsequenter zu verfolgen. Und ausserdem braucht es eine fundierte Auseinandersetzung mit Alternativen zum rein quantitativen, BIP-orientierten Wachstumsdogma. Zumal dies letztlich genau der Pfad ist, der in die Krise geführt hat. In der Schweiz hätten wir die Möglichkeiten (Reichtum, hohes Bildungsniveau, Innovationskraft), bezüglich alternativer Wirtschaftsmodelle theoretisch und praktisch eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Mehr Europa als Antwort auf die Krise

Die Ungleichheiten zwischen dem Norden und dem Süden Europas bedrohen heute den Zusammenhalt und die Stabilität des Kontinents. Der Präsident des Europäischen Parlaments, der Sozialdemokrat Martin Schulz, betonte in seiner Rede mit Nachdruck und völlig zu Recht, dass der Ausweg aus der EU-Krise, so widersprüchlich es in den Ohren der unter geradezu zynischen Sparmassnahmen leidenden Bevölkerung auch klingen mag, nicht weniger, sondern mehr Europa sei. Es braucht ein kooperatives und solidarisches Europa, das sich an einem progressiven Subsidiaritätsprinzip orientiert, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik betreibt, verbindliche Sozialstandards durchsetzt – und längerfristig ohne den durch nationalstaatliche Partikularinteressen dominierten Europäischen Rat auskommt.

Das alles ist nicht nur für die SP Schweiz, sondern für die gesamte Schweizer Bevölkerung von höchster Relevanz. Vor dem beschriebenen Hintergrund gefährden isolationistisch-nationalistische Tendenzen die humanistischen Errungenschaften Europas und das Gemeinwohl. Auch hierzulande. Der deutsche Soziologe Ulrich Beck schreibt in seinem neuen Buch «Das deutsche Europa» dazu: «Am Anfang des 21. Jahrhunderts stellt sich uns nun die Aufgabe, den Nationalzustand zu überwinden und zu einem europäischen Gesellschaftsvertrag zu finden.» Und er fügt an: «Die soziale Frage ist zur globalen Frage geworden, auf die es keine nationalen Antworten mehr gibt.» Ergänzen liesse sich, dass dasselbe auch für die ökologische Frage gilt. Gefragt ist ein «kosmopolitischer Imperativ» (Beck), um sozialdemokratischen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen und den neoliberal-kapitalistischen Status quo zu überwinden.

Wir müssen unser Verhältnis zu Europa dringend überdenken. Im Herzen Europas gelegen, sollte die Schweiz Verantwortung übernehmen und sich als EU-Mitglied aktiv an der politischen Gestaltung und Weiterentwicklung des Kontinents und der Zukunft der Menschheit beteiligen.

Die SP Schweiz war am Kongress vertreten durch Präsident Christian Levrat, den Vertreter im Vorstand der SPE (Presidency) Walter Suter, Geschäftsleitungsmitglied Mario Carera sowie Pascal Zwicky, Mitarbeiter im Zentralsekretariat.

Pascal Zwicky
ist Projektleiter Themenmanagement
bei der SP Schweiz



«Die neuen Alten kommen»

Die 68er-Generation ist jetzt im Rentenalter. Zwar haben sie in Gremien und Behörden Jüngeren Platz gemacht – zumindest die meisten von ihnen –, doch die Kraft, das Wissen und die Erfahrung der 68er und aller anderen Genossinnen und Genossen über 60 muss die SP weiter nutzen. Die Geschäftsleitung der SP Schweiz hat das erkannt und erachtet den Aufbau von SP60+ als eines der zentralen Projekte der internen Reform der Partei. Sie unterstützt die seit fast drei Jahren bestehende Kerngruppe von SP60+, seit diesem Jahr auch mit finanziellen und personellen Ressourcen.

Einige finden, eine Altersorganisation in der SP sei nicht nötig. Dem steht die Auswertung der Wahlen 2011 entgegen. Die Zahlen des Bundesamts für Statistik

zeigen, dass die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren «klar die elektorale Schwachstelle der SP» darstellt. Von den über 75-Jährigen haben sich 69 Prozent an den Wahlen beteiligt; der Anteil der SPWählenden beschränkte sich auf rund 10 Prozent. Auf rechtsbürgerlicher Seite hingegen nimmt er eklatant zu. (aus demos Nr. 3 /2012)

SP60+ will keine Kräfte absorbieren, die anderorts in der Partei dann fehlen. Sie will ein durchlässiges Organ sein und in der ganzen Partei belebend wirken. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Mitarbeit in einer SP-Altersorganisation die Lust am Engagement in der Gesamtpartei wieder neu wecken kann.

Die neuen Alten kommen – auch in der SP. Die Partei muss mit uns rechnen und kann auf uns zählen!

Ich war enttäuscht, dass am Parteitag in Lugano, in meinem Heimatkanton, die Gründung von SP60+ vertagt wurde! Es hat sich aber alles zum Guten gewendet, konnten wir doch bis zur Delegiertenversammlung in Thun bereits fast tausend Mitglieder verzeichnen. In Thun fand keine trockene Statutenänderung statt, sondern die Gründung eines neuen Organs unserer Partei, getragen vom starken Willen der 60+-Genossinnen, weiterhin aktiv und präsent zu sein.

Im April 2013 wird die erste Mitgliederkonferenz der SP60+ stattfinden. Das ist für uns ein zentraler Anlass und wir hoffen, dass viele unserer Mitglieder teilnehmen werden. Neben dem Behandeln der statutarischen Traktanden wollen wir gemeinsam die Schwerpunkte unserer Arbeit für das laufende Jahr festlegen.

Wir werden aber auch die Gelegenheit haben ein wichtiges gesellschaftliches Thema von unserem Standpunkt aus zu debattieren.

Der provisorische Vorstand ist bereits intensiv an der Arbeit: Viele Fragen beschäftigen uns, einige altersspezifische, andere von allgemeinerem Interesse, wie Wohnen im Alter, der Übergang von der Arbeit zur Rentenzeit, die Zukunft unseres 3-Säulen-Systems, der Generationenvertrag, ethische und finanzielle Fragen in der Gesundheitspolitik und viele andere.

Es ist zentral, dass SP60+ in der schweizerischen Politik eine wichtige Diskussionspartnerin wird. Wir wollen aber auch Wege aufzeigen, wie man nach einem ausgefüllten Arbeitsleben weiterhin aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben lustvoll teilnehmen kann.



Marianne de Mestral
Co-Präsidentin 60+



Carlo Lepori
Co-Präsident 60+

« Ich hatte genug: von Sitzungen, Akten, Diskussionen, Kontroversen. Nach 16 Jahren im Gemeinderat – allein von der SP und als erste und einzige Frau, dazu zeitgleich 10 Jahre im Vizepräsidium der SP Kanton Zürich – brauchte ich eine Politpause. Das war 1990; ich konzentrierte mich auf mein Berufsfeld in der Arbeitslosenberatung und -bildung. Acht Jahre später, ich stand an der Schwelle zur Pensionierung, fand ein Genosse, ich hätte nun lange genug pausiert. Er überredete mich zur Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Alter der SP Kanton Zürich. Schon steckte ich mitten in der Alterspolitik und wurde motiviert, mich in den Verfassungsrat wählen zu lassen.

« Ich bin seit ein paar Monaten Rentner und versuche mich langsam aus dem politischen Leben zurückzuziehen, zum Beispiel aus der Exekutive meiner Gemeinde Capriasca, der ich seit 11 Jahren angehöre. Jetzt bin ich noch Vizepräsident der Tessiner SP und Vorstandsmitglied der Alpeninitiative. Dies, um nicht tatenlos zuschauen zu müssen, wie mit einer zweiten Strassenröhre am Gotthard unsere Umwelt und unsere Verkehrspolitik ruiniert werden. Und im Februar des nächsten Jahres werde ich in den Tessiner Kantonsrat nachrücken... Ja, im Parlament müssen alle Altersklassen richtig vertreten sein!



Die erste DV mit eigenem Fähnli: das Kopräsidium, Delegierte und Gäste am 60+-Tisch.

Die SP60+

Informationen zum neuen Organ der SP Schweiz:
www.sp60plus.ch

Mitglied werden

Du kannst SP60+ beitreten, wenn du SP-Mitglied und mindestens 60 Jahre alt bist. Die Mitgliedschaft ist kostenlos. Beitreten kannst du mit Klick auf den Beitrittsbutton auf www.sp60plus.ch oder per Mail unter info@sp60plus.ch unter Angabe der Sektion, Name/Adresse, Telefon/Mail und des Geburtsdatums.

Die Mitgliederkonferenz 2013 findet im April statt. Den definitiven Termin und die Details stellen wir rechtzeitig auf unsere Website.

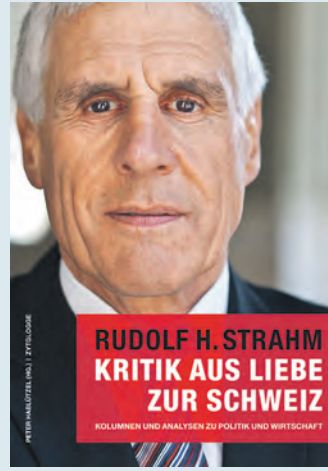


Seit 35 Jahren unterstützt Oikocredit benachteiligte Menschen mit fairen Darlehen.

Helfen auch Sie mit, indem Sie Anteilscheine von Oikocredit zeichnen.

Legen Sie Ihr Geld sozial verantwortlich und nachhaltig bei Oikocredit an.

www.oikocredit.ch
044 240 00 62



Wer kennt und schätzt sie nicht, die kritischen Kolumnen in «Tagesanzeiger», «Bund» und anderen Publikationen? Offen und ehrlich nimmt Rudolf H. Strahm zu aktuellen Fragen Stellung.

Rudolf H. Strahm
KRITIK AUS LIEBE ZUR SCHWEIZ
Kolumnen und Analysen zu Politik und Wirtschaft
Zytglogge-Verlag
34 Franken

SMS-SPENDE* STATT BANKENGELD

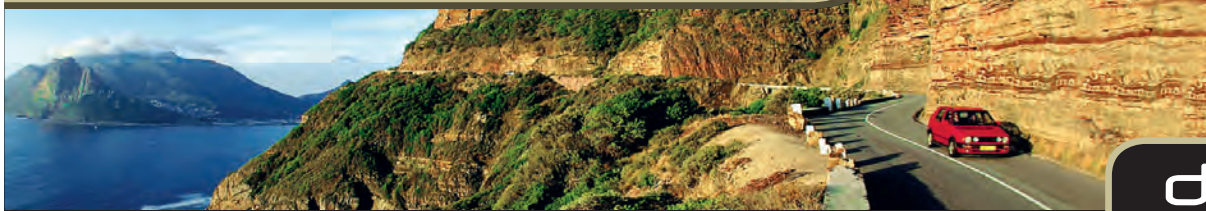


* Schreiben Sie ein SMS mit dem Vermerk SP und dem Betrag den Sie spenden möchten, an 339 (z. B. «SP 50» für eine Spende von 50 Franken)



Dreamtime Travel in Baden bietet weltweit erste, komplett «Fair Trade» zertifizierte Reisen an. Mit dem Gütesiegel «Fair Trade in Tourismus Südafrika» wurden erstmals Tourismusbetriebe anhand der internationalen «Fair Trade» Richtlinien ausgezeichnet.

Setzen Sie ein Zeichen und berücksichtigen Sie eine Tourismusform in Einklang mit der Bevölkerung und der Natur.



dreamtime
TRAUMZIELE TRAUMREISEN

Mehr Details finden Sie unter www.fairreisen.ch Dreamtime Travel AG · 5401 Baden · 056 410 01 01



Schülerstreik vor dem Regierungsgebäude

Dieser massive Leistungsabbau ist eine Folge der gescheiterten Finanzstrategie

Wer 2009 gewarnt hatte, wurde als Schwarzmaler disqualifiziert. Jetzt zahlt die breite Bevölkerung für die Vorteile, die Unternehmen geniessen.

2009, vor der Abstimmung zur Steuergesetzrevision 2011, wurde lautstark mit den Slogans «Hopp Lozärn!» und «wir bringen den Kanton Luzern vorwärts» geworben. Regierungsrat Schwerzmann versprach, die Zeit der Sparpakete sei vorbei. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat stimmte mit Begeisterung zu und hat ganz blauäugig die alte neoliberale Leier herunterbetet, dass ein tiefer Steuerfuss mehr Einnahmen bescherte.

Wer vor den Risiken warnte, dem wurde Schwarzmalerei vorgeworfen. Jetzt liegen die Resultate auf dem Tisch: von höheren Steuereinnahmen keine Spur. Im Gegenteil, die Steuerausfälle seit 2008 betragen 350 Millionen Franken.

Um diese zu kompensieren, muss kräftig abgebaut werden; in der Bildung, im Gesund-

heitswesen, beim ÖV und bei sozialen Institutionen werden Leistungen gestrichen. Das schadet dem Standort Kanton Luzern.

Wir sind zwar die Nummer 1 im Rennen um die tiefste Unternehmensbesteuerung, aber was haben wir, die wir hier wohnen davon? Der Schaden für die Luzernerinnen und Luzerner ist eindeutig grösser als der Nutzen. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger wird in wichtigen Bereichen zunehmend in Frage gestellt.

«Wo bleibt das christliche Element, wo das urliberale Gedankengut, das die bürgerliche Mehrheit sonst immer wieder bemüht?»

Mit den Kürzungen bei den sozialen Institutionen wird eine Schwelle überschritten, die Sparpolitik erweist sich absolut beschämend und zynisch. Durch die vorangegangene Sparrunden wurden sie bereits gezwungen, ihre Verwaltungen bis an die Schmerzgrenze zu straffen. Dort liegt absolut nichts mehr

drin. Wenn sie jetzt noch weitere Leistungen abbauen müssen, geht dies nur beim Personal in der Betreuung: Es müssen Leute entlassen werden. Das heisst im Klartext, dass für Menschen mit Behinderung weniger Betreuung möglich ist.

Deutlicher kann sich die Skrupellosigkeit der bürgerlichen Finanzpolitik kaum manifestieren! Wo bleibt das christliche Element, wo das urliberale Gedankengut, das die bürgerliche Mehrheit sonst immer wieder bemüht?

Dies heisst auch, dass Menschen mit Behinderung helfen müssen, die Steuersenkungen für Vermögende und Unternehmen zu bezahlen! Das ist unschweizerisch, beschämend und für mich kaum fassbar.

So geht es nicht! Der Kanton braucht mehr Einnahmen. Die bisherige Finanzpolitik ist gescheitert und muss gestoppt werden!

Felicitas Zopfi
Präsidentin SP Kanton Luzern



Erfolgreiche Wahlen im Stadtkanton

Gewonnenes Referendum, engagierter Wahlkampf und Wahlerfolg: Das Jahr 2012 war sehr bewegend für die SP Basel-Stadt. All dies wäre ohne die Parteibasis nicht möglich gewesen.

Positionierung für die Wahlen

Nach dem Warnschuss bei den nationalen Wahlen 2011 haben im Januar 2012 rund 80 GenossInnen über die Stärken und Schwächen der Partei diskutiert und erste Stossrichtungen für den Wahlkampf ausgearbeitet. Diese Auseinandersetzung zwischen der Basis und den verschiedenen Gremien führte zu neuem Schwung. Bereits beim Referendum gegen die Senkung der Unternehmensgewinnsteuer war dies spürbar. Obwohl sich die Partei gegen die eigene Regierungsrätin Eva Herzog stellte, wurde fair aber sehr engagiert debattiert. Der Abstimmungserfolg zeigte, dass wir ein Anliegen der Bevölkerung aufgreifen konnten. Die Einreichung der Initiative für tiefere Krankenkassenprämien und die Lancierung der Initiative Wohnen für alle taten dies ebenso.

Dank den beeindruckenden über 100 Wahlkampffaktionen sowie einer häufigen, wenn auch nicht immer positiven medialen Präsenz, fiel die SP Basel-Stadt auf und setzte ihre Themen zum Wahlkampfmotto «Wohne, schaffe, läbe – für alle statt für wenige». Mit einem Sitzgewinn und einem Plus von 2,5 Prozent Wählerstimmen sowie den glanzvoll wiedergewählten SP-RegierungsrätInnen wurden die Wahlen zu einem Erfolg für die SP Basel-Stadt.

2012 war auch das Jahr, in dem wir mit Daniel Goepfert den Grossratspräsidenten stel-

len durften und in dem unsere Vizepräsidentin Beatriz Greuter aus beruflichen Gründen zurückgetreten ist. Ihre Nachfolge tritt Michela Seggiani an.

Schwung mitnehmen

Das Jahr 2013 wird vergleichsweise ruhig, zurücklehnen dürfen wir uns aber nicht. Die neue Fraktion muss sich einspielen und im Grossen Rat Mehrheiten für unsere Themen finden. Wir von der Basis müssen weiterhin unsere poli-

tischen Fühler ausstrecken und Anliegen zum «Wohne, Schaffe, Läbe» aufgreifen. Und schon jetzt beginnt der Aufbau von neuen, starken Persönlichkeiten für die nächsten Wahlen.

Im Namen des Sekis danke ich allen für die grosse Unterstützung. Es war ein toller Wahlkampf und ich hoffe, dass wir diese gute Stimmung in die nächsten 4 Jahre mitnehmen können.



Sandra Eichenberger
Parteisekretärin SP BS,
Ressort Kommunikation

Pauschalbesteuerung abgeschafft!

Namhafte Erfolge an der Urne drücken dem vergangenen Jahr den Stempel auf. Im September hat das Baselbieter Stimmvolk unserer Initiative «Schluss mit Steuerprivilegien» zugestimmt und den Gegenvorschlag der Regierung abgelehnt. Der nationalen Kampagne wird dadurch der Rücken gestärkt. Auch dank unserer Unterstützung fand das unsoziale Entlastungsrahmengesetz, welches vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich Einschnit-

Das Jahr 2012 stand vor allem im Zeichen der Finanzpolitik von Sparminister Adrian Ballmer. Daran dürfte sich auch im kommenden Jahr wenig ändern. Viel zu reden gab die Gesundheits- und die Wirtschaftspolitik von Peter Zwick. Die GPK kritisierte ihn aufs schärfste. Im Zentrum stand das Vorgehen bei der Spitalauslagerung, der Pflegefinanzierung und dem Neubau des Bruderholzspitals. Beide Regierungsräte sahen sich mit mehr oder weniger offen formulierten Rücktrittsforderungen konfrontiert.

Im nächsten Jahr wird uns weiterhin die Sanierung der Pensionskasse beschäftigen, speziell die Frage, ob die Kasse voll- oder teilkapitalisiert werden soll. Viel zu debattieren wird auch die Partnerschaftspolitik geben: mit den Investitionen für die Hochschulen, aber auch mit der Fusionsinitiative, zu der unser Parteitag im Oktober mit einer Resolution bereits ein positives Signal gesetzt hat.

Auch personell ist die Partei gut drauf. Im Juni wurde Jürg Degen mit einem Glanzresultat zum Landratspräsidenten gewählt. Die beiden Vizepräsidenten konnten mit

Regula Nebiker und Christoph Hänggi wieder besetzt werden und die Finanzlage zeigt sich solide. Das ist auch nötig, denn im kommenden Jahr feiert die SP Baselland das 100-Jahr-Jubiläum: am 21. September 2013 mit einem Fest für alle statt für wenige. Bitte vormerken!



te zur Folge gehabt hätte, keine Gnade vor dem Stimmvolk. Zusammen mit dem Mieterverband wurde zudem das Bausparen endgültig versenkt. Damit gelangt der Kanton zu zusätzlichen sechs Millionen Franken Steuereinnahmen, die er zurzeit sehr wohl gebrauchen kann. Leider fand das Gesetz für familienergänzende Betreuung knapp keine Mehrheit. Somit wurde im Baselbiet die Chance vergeben, Familie und Beruf in Zukunft besser miteinander zu vereinbaren. Dafür konnte im Landrat dank einer SP-Motion die radikale Ausdünnung der ÖV-Linien in den Randregionen verhindert werden.



Martin Rüegg
Präsident SP Baselland

ARTHUR SCHMID WIRD 85

Mitten im Leben

Lieber Arthur

Am 25. Januar 2013 wirst Du zwar nicht volle 85 Jahre für die Politik gelebt haben. Viel weniger werden es jedoch nicht sein. Auf jeden Fall hast Du dann 85 intensive Jahre hinter Dir. Zu Deinem Geburtstag gratuliert Dir die ganze SP Aargau von Herzen. Wir feiern an diesem Tag nicht mit einem alten Mann, der mit Wehmut zurück schaut. Wir feiern zusammen mit einem auch heute noch engagierten und interessierten Genossen und freuen uns, gemeinsam mit Dir weiterhin vorwärts zu blicken und für eine gerechte und fortschrittliche Schweiz zu kämpfen.

28 Jahre lang (1965–1993) hast Du das «ED», das Erziehungsdepartement, in unserem Kanton geleitet. Während 20 Jahren (1959–1979) warst Du unser Nationalrat in Bern. 4 Jahre (1970–1974) lang standest Du an der Spitze der SP Schweiz. 1973 warst Du der offizielle Bundesratskandidat der SP.

Doch Dich zeichnete nie das Amt aus, sondern Deine Persönlichkeit: Deine Freude an einer gestaltenden Politik, Deine Nähe zu den Menschen in unserem Kanton, Deine bis heute währende Verbundenheit mit deiner SP. Und deshalb bist Du auch 20 Jahre nach Deinem Rücktritt aus dem Regierungsrat in unserer Partei präsent und geschätzt.

Du hast Dein Departement in einer bewegten Zeit geführt. Zunächst Jahre des Aufbruchs, der Hoffnung, der Gestaltungsmöglichkeiten: Die Neugestaltung der Lehrerbildung – eine grundlegende Veränderung in der Mittelschullandschaft Aargau. Das Aargauer Kuratorium – eine schweizerische Pioniertat für eine unabhängige staatliche Kulturförderung. Die Hochschule für Bildung – ein wahrer Leuchtturm für den Kultur- und Bildungskanton Aargau wäre dies geworden. Doch die umsichtig konzipierte Bildungshochschule wurde von der bürgerlichen Mehrheit des Grossen Rats kurz vor dem Ziel gestoppt. Ein Entscheid, der den Aargau aus der Hochschullandschaft Schweiz verbannte und die zweite Phase Deiner Regierungszeit charakterisiert: Der Wechsel vom Aargau des Fortschritts zum Aargau der Konservativen. Doch auch diesen Jahren hast Du das Beste abgerungen: Verteidigung des Erreichten oder «Verhinderung von Schlimmem», wie Du es einmal selbst umschrieben hast.

Nach dem Tod deiner Frau Margrith Anfang 2012 hast Du mir gesagt, es sei Dein Ziel, Dich auf keinen Fall zurück zu ziehen, sondern «unter die Leute» zu gehen. Diesem Vorsatz bist Du gefolgt. Von deinem Naturell her ist es Dir auch



Johannes Rüesch

nicht allzu schwer gefallen: Wir sehen Dich weiterhin an politischen Veranstaltungen im ganzen Kanton. Mit Deinem Sohn und seiner Familie hast Du Ferien in Kos verbracht. Und im Sommer bist Du sogar durch ganz Russland bis nach China gereist. Ja, lieber Arthur, Du stehst auch mit 85 Jahren mitten im Leben. Du bleibst damit deiner Überzeugung treu, dass das Leben gelebt werden will und dass für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die Gegenwart und die Zukunft, die wir gestalten wollen, im Vordergrund stehen und nicht die Erinnerungen. Auch wenn gerade Dir die Geschichte unserer Partei und der Arbeiterbewegung immer bewusst war, die uns lehrt, dass Einsatz, Hartnäckigkeit, Durchhaltewillen und persönliches Engagement unentbehrlich sind und sich lohnen. Zusammen mit vielen Menschen in unserem Kanton wünsche ich Dir alles Gute und eine gute Gesundheit. Ich freue mich auf unser nächstes Treffen.

Urs Hofmann von Aarau
ist SP-Regierungsrat.



KOMMENTAR

Die Wende ist eingeläutet

Die Energiewende wird kein lockerer Sonntagspaziergang – dies nicht zuletzt, weil in der Schweiz die Weichen all-



zu lange falsch gestellt waren und wir deshalb keinen Vorsprung am Start haben. Doch der Weg ist gangbar und voller Chancen für unsere Gesellschaft. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht, wie bereits

eine Studie der Universität Lausanne zur Cleantech-Initiative der SP Schweiz zeigte: Wird konsequent auf Cleantech gesetzt, kann ein enormer Mehrwert und ein Potenzial von weit mehr als 100 000 neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Erfreulicherweise liegt die bundesrätliche «Energierategie 2050» genau auf dieser Linie: Der Bundesrat will den Bau neuer AKWs verbieten, den Energie- und Stromverbrauch pro Person senken, den Anteil fossiler Energie reduzieren und die nukleare Stromproduktion durch Effizienzgewinne und den Zubau erneuerbarer Energie ersetzen. Die Wende ist eingeläutet! Es ist nun am Parlament, Wort zu halten und diesen Plänen zum Durchbruch zu verhelfen, was auch der Wirtschaft die entscheidende Investitionssicherheit verschafft.

Apropos: Die Definition des konkreten Abschaltzeitpunktes der einzelnen AKW fehlt in der Energierategie. Verbunden mit einem Investitionsplan für die maximale Sicherheit bis zum letzten Tag, würde damit eine verlässliche Planungssicherheit für jene Produktionsanlagen geschaffen, die erneuerbare Energien bereitstellen. Hier wie bei der noch zu zögerlichen Förderung der Photovoltaik gibt es Anpassungsbedarf. Im Wesentlichen unterstützt die SP jedoch die Energierategie des Bundesrats. Wir werden uns weiterhin für eine rasche und konsequente Energiewende einsetzen.

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen
ist SP-Ständerätin und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie.

TSCHOU

Sparwut

Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat hat in der Novembersession gegen den Willen der SP schmerzhaft Kürzungen beschlossen. Davon betroffen sind das Staatspersonal, die Musikschulen, der öffentliche Verkehr, ältere Menschen und Kranke sowie Bildung, Kultur und Gemeinschaftszentren. Mit unseren Ver-



suchen, das Schlimmste zu verhindern, hatten wir keine Chance. Die bürgerliche Mehrheit scheute auch nicht davor zurück, mit fragwürdigen Anträgen ins Abstimmungsverfahren einzugreifen; dies einmal mehr zu Lasten der Stadt und Agglomeration Bern.

Mit Hilfe der SP konnte zumindest eine zusätzliche Variantenstudie zum Ausbau des Bahnhofs Bern verhindert werden. Beim Spitalversorgungsgesetz führte ein von Regierungsrat Philippe Perrenoud einberufener runder Tisch zu einer Entspannung der politischen Diskussion.

Fakt ist: Die Finanzaussichten sind so schlecht, dass weitere schmerzhaft Kürzungen drohen. Um dies zu verhindern, fordert die SP zusätzliche SteuerinspektorInnen und eine stärkere Besteuerung von sehr hohen Einkommen und Vermögen.

Wenn nicht alle ihren gerechten Teil an die staatlichen Leistungen zahlen, folgt ein weiterer Abbau in sensiblen gesellschaftlichen Bereichen. Es gilt auch hier: Für alle statt für wenige. Genossinnen und Genossen, ihr habt es bemerkt: Der Wahlkampf für die Regierungs- und Grossratswahlen 2014 hat begonnen!

Michael Aebersold, Grossrat und Präsident der SP/JUSO/PSA-Fraktion



Rainer Sturm, pixelio.de

Im Kanton Bern soll künftig die gesamte Energieversorgung durch erneuerbare Energien erfolgen.

Jetzt schaffen wir die Energiewende

Am 3. März 2013 steht eine energiepolitische Weichenstellung an: Mit der Initiative Bern erneuerbar und dem Gegenvorschlag des Grossen Rates kann der Kanton Bern eine Vorreiterrolle in der Energiewende einnehmen.

Die Initiative Bern erneuerbar will, dass im Kanton Bern ab 2035 der Strom und ab 2050 auch die Energie für Heizung und Warmwasser vollständig aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Der Gegenvorschlag will die gleiche Grundforderung in einem Zeitraum von 30 Jahren realisieren, aber ohne Zwischenziele. Die Ziele von Initiative und Gegenvorschlag sollen erreicht werden, indem die Energieversorgung sukzessive umgestellt und der Verbrauch durch mehr Energieeffizienz und Energiesparen reduziert wird.

Arbeitsplätze schaffen

Mit einem Ja zur Initiative und zum Gegenvorschlag schreiben wir die Energiewende in der Verfassung fest. Und das Beste: Damit schaffen wir neue Arbeitsplätze in unserem Kanton. Der in der Novembersession vom Grossen Rat zur Kenntnis genommene Bericht zur volkswirtschaftlichen Bedeu-

tung erneuerbarer Energien zeigt den grossen volkswirtschaftlichen Nutzen auf: 2010 generierte allein die Branche der erneuerbaren Energien 6260 Vollzeitstellen im Bernbiet. Eine andere eindruckliche Zahl: Die erneuerbaren Ener-

Mit einem Ja schreiben wir die Energiewende in der Verfassung fest

gien trugen direkt (ohne indirekte Wertschöpfung) mit über 800 Millionen Franken, mehr als die Uhrenindustrie zur kantonalen Wertschöpfung bei. Mit dem Umstieg auf eine erneuerbare Energieversorgung wird dieser Anteil massiv steigen. Denn mit erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz wird die Wertschöpfung vom Ausland ins Inland verlagert. Initiative und Gegenvorschlag liegen zudem voll auf der Linie der im September 2011 eingereichten Cleantech-Initiative der SP Schweiz.

Energiepolitisches Signal auf Bundesebene

Nachdem der Bundesrat und die eidgenössischen Räte den Atomausstieg im Grundsatz beschlossen haben, beginnt im Rahmen der Energiestrategie 2050 jetzt die Umsetzung dieses historischen Entscheids. Das Abstimmungsresultat vom 3. März 2013 wird deshalb grosse Signalwirkung für die Debatte auf Bundesebene haben. Mit einem Ja aus dem Kanton Bern zeigen wir, dass die Bevölkerung nach wie vor hinter dem Atomausstieg steht.

Breites Komitee für 2x Ja

Im Hinblick auf die Abstimmung vom 3. März 2013 hat sich unter dem Namen «Erneuerbare Energie für Bern» ein gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch breit abgestütztes Komitee konstituiert. Es setzt sich ein für ein Ja zur Initiative und zum Gegenvorschlag. Trete auch du dem Komitee «Erneuerbare Energie für Bern» bei: www.eebern.ch



Nadine Masshardt
Grossrätin und Co-Präsidentin des Komitees «Erneuerbare Energie für Bern»

Nanomillimeterarbeit vor Ort

2012 feiert **medico international schweiz** sein 75-jähriges Bestehen. Die Eskalation in Gaza zeigt auf traurige Weise, wie aktuell die Arbeit der Entwicklungsorganisation immer noch ist. Seit Jahrzehnten setzt sich **medico** in Israel/Palästina für Frieden, Menschenrechte und eine gute Gesundheitsversorgung ein.

Jayyous, eine kleine, abgelegene Ortschaft in der Nähe von Jenin, Westjordanland. Obwohl heute Samstag ist, sitzen Massen von Menschen in einem Innenhof und warten geduldig. Sie warten auf das Eintreffen der Physicians for Human Rights Israel (deutsch: Ärzte für Menschenrechte) und ihrer mobilen Klinik. In dieser Partnerorganisation von **medico international schweiz** (siehe Kasten) engagieren sich Ärztinnen und Ärzte, Gesundheitspersonal sowie DolmetscherInnen aus Israel. Jüdische und arabische Israelis arbeiten gemeinsam ehrenamtlich für Gesundheit und Frieden in Israel/Palästina.

Medizinische Friedensbrücke

Jeden Sabbat fahren sie ins Westjordanland, an Orte ohne ausreichende medizinische Grundversorgung. Orte wie Jayyous. In Schulen und ähnlichen öffentlichen Räumen improvisieren sie für einen Tag ein Gesundheitszentrum. Sie behandeln die Menschen so gut es geht vor Ort. Muss jemand für eine Behandlung nach Israel verlegt werden, helfen sie, die zahlreichen bürokratischen Hürden zu überwinden, und füllen die nötigen Papiere aus. Braucht jemand Medikamente, kriegt er oder sie diese unentgeltlich aus der Apotheke der mobilen Klinik.

Jochi Weil, der Projektverantwortliche von **medico** für Israel/Palästina, bezeichnet dieses Projekt gerne als «medizinische Friedensbrücke». Das Projekt führe zu einer Verständigung zwischen beiden Seiten. «Frieden kann es nur geben, wenn die Menschen in Israel und Palästina lernen, auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten.» Ärztinnen und Ärzte besässen zudem



Studentinnen der Gesundheitspflegerinnen-Schule demonstrieren in Ramallah für das Recht auf Bildung für Frauen.

in der israelischen Gesellschaft ein hohes Ansehen. Setzen sie sich für eine Verständigung mit dem vermeintlichen Feind ein, zeige dies schon eine Wirkung. Die neuerliche Eskalation des Konflikts – auf einem ohnehin schon fatalen Niveau – empfindet Jochi als sehr entmutigend: «Ich sehe keinen Hoffnungsschimmer für eine politische Lösung am Horizont. Das Beste, was wir machen können, ist uns über das Unrecht empören und unsere Nanomillimeterarbeit in den Projekten vor Ort weiterführen.»

Gesundheit und Emanzipation

Nanomillimeterarbeit ist seit jeher die Spezialität von **medico**. Statt im reichen Norden Projekte am Reissbrett zu entwerfen und dann auserwählten Empfängerinnen und Empfängern in Entwicklungsländern aufzunötigen, arbeitet **medico** lieber mit lokalen Gruppen und Projekten vor Ort zusammen. Mit Menschen

aus den betroffenen Ländern selbst. Mit Menschen, die für ihre Rechte einstehen und für eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kämpfen. Zum Beispiel mit der Palestinian Medical Relief Society (PMRS) des palästinensischen Arztes und Bürgerrechtlers Mustafa Barghouti.

So unterstützt **medico** gemeinsam mit der PMRS eine Schule für Gesundheitspflegerinnen in der Nähe von Ramallah. In dieser Schule erhalten junge Frauen aus marginalisierten Gemeinden oder armen Familien die Möglichkeit, eine medizinische Ausbildung zu machen. Barbara Schumacher, die Projektkoordinatorin von **medico**, erzählt von ihrem letzten Besuch: «Viele Studentinnen schilderten mir begeistert, wie sie dank dieser Ausbildung in ihren Gemeinden und Familien respektiert würden. Die Leute kämen nun zu ihnen und bäten sie um Rat.» Die Schule versteht sich deshalb nicht nur als gesundheitliches Projekt, sondern auch als emanzipatorisches. Ganz im Sinne von **medico**, die unter Gesundheit immer auch das soziale Wohlbefinden mitmeint.

MEDICO INTERNATIONAL SCHWEIZ

75 Jahre basismedizinische Solidarität

Gegründet während des Spanischen Bürgerkriegs, kämpft **medico international schweiz** seit 75 Jahren international für eine gute, allen zugängliche Gesundheitsversorgung. Die Entwicklungsorganisation unterstützt Projekte von Basisbewegungen und lokalen Organisationen in Mexiko, Guatemala, El Salvador, Nicaragua,

Vietnam, Palästina und Kuba. Diese Partnerorganisationen betreuen beispielsweise Folteropfer, lobbyieren für die Integration von Behinderten oder organisieren Frauen im Kampf für ihre Rechte. Denn unter Gesundheit versteht **medico** stets das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden.

www.medicointernational.ch

Marco Geissbühler
ist Vorstandsmitglied
von **medico international schweiz**



Demokratisierung in Gefahr

Die Parlamentswahlen in der Ukraine und der Sieg der Regierungspartei haben wegen zahlreicher Unregelmässigkeiten international Proteste hervorgerufen. Die Folgen der demokratischen Defizite des Landes könnten verheerend sein.

In den letzten Monaten machte die Ukraine viele negative Schlagzeilen: Denken wir nur an die Inhaftierung von Julia Timoschenko oder an die Parlamentswahlen von Ende Oktober. Deutlich weniger berichtete die hiesige Presse über den Rücktritt der ukrainischen Regierung fünf Wochen nach den Parlamentswahlen wie auch über die Tatsache, dass Präsident Janukowitsch zwar diesen Rücktritt akzeptierte, aber wenige Tage danach den alten Regierungschef erneut für den gleichen Posten nominierte. Dieses Spiel ist zwar verfassungskonform, es folgt aber einem machtpolitischen Kalkül: Noch in diesem Jahr muss das neugewählte Parlament den neu-alten Regierungschef Asarow bestätigen. Damit will Janukowitsch eine möglichst breite Machtbasis schaffen.

Die aus den manipulierten Parlamentswahlen als sehr knappe Siegerin hervorgegangene «Partei der Regionen» versucht inzwischen mit allen Mitteln, unsichere Deputierte auf ihre Seite zu ziehen.

Umkehr der Demokratisierung

Der eigentliche Skandal aber ist die Art und Weise, wie die Resultate der Parlamentswahlen überhaupt zustande gekommen sind. Internationale Wahlbeobachter liessen am Tag nach den Wahlen keine Zweifel daran: Aufgrund von Betrug, Stimmenkauf und Intransparenz müsse von einer Umkehr der Demokratisierung gesprochen werden. SP-Nationalrat und Wahlbeobachter Andreas Gross stellte bei der Präsentation des Reports enttäuscht fest, eine derart unfaire Wahl habe die Ukraine wahrlich nicht verdient.

Die Folgen der demokratischen Defizite dieser Wahl können verheerend sein, so kann etwa das bereits ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU kaum in Kraft gesetzt werden. Verabschiedet man sich aber von einem solchen Abkommen und verschliesst sich so auf lange Zeit einer EU-Beitritts-Perspektive, dann könnte Putin diese Chance nutzen, um die Ukraine wiederum dem russischen Einflussbereich anzunähern. Ein solches Vorhaben wird Russland zwar nicht unmittelbar realisieren können. Die überfälligen Reformen in der Ukraine können nur mit einer motivierten Bevölkerung durchgeführt werden, und das ist unter autokratischer Staatsführung kaum möglich. Kommt noch dazu, dass mit China am Horizont der ukrainischen Aussen- und

Wirtschaftspolitik ein äusserst potenter Player an Bedeutung gewinnt, der mit Investitionen in den Agrar- und Infrastruktursektor der Ukraine beachtliche Perspektiven zu bieten vermag.

Das Land nach allen Seiten offen halten

In der Publikation «Die Ukraine im Wandel» schreiben die Herausgeber Manfred Sapper und Volker Weichsel, Janukowitsch könne angesichts der Lage des Landes gar nicht anders, «als die Ukraine nach allen Seiten offen zu halten. Für Moskau und für Washington – und für Brüssel sowieso». Zwar fährt die Aussenpolitik der Russischen Föderation dem Westen gegenüber einen härteren Kurs als auch schon. Gleichzeitig aber ist damit zu rechnen, dass der Kreml offensiver – auch mit Charmeoffensiven – auf Kiew zugeht. Trotzdem ist die Aussage von Sapper und Weichsel alles andere als naiv. Vor allem wenn man davon ausgeht, dass die neugewählte vereinigte Opposition der knappen Mehrheit immer wieder vor Augen gehalten wird, dass ein grosser Teil der ukrainischen Bevölkerung sich letztlich an Werten

des Westens orientieren möchte. Und es ist anzunehmen, dass eine solche Ausrichtung im Gleichschritt mit allfälligen sozioökonomischen Verbesserungen noch an Kraft und Tiefe gewinnen wird.

Was kann die Schweiz tun?

Für die Aussenpolitik der Schweiz ist diese Ausgangslage zwar schwierig, aber nicht chancenlos. Schon seit Jahren engagiert sich die Deza mit Projekten, welche die Hebung des Lebensstandards der armen Bevölkerung, aber auch eine effizientere und transparentere öffentliche Verwaltung zum Ziel haben. Unsere Präsenz in der Ukraine ist glaubwürdig und kann den Reformprozess in diesem Brückenland zwischen West und Ost wenn auch nur bescheiden, so doch nachhaltig unterstützen. Aufgrund unserer «Neutralitätserfahrung» haben wir gelernt, auch mit «schwierigen» Nachbarn einen Umgang zu pflegen, bei dem trotz Ideologiedifferenzen die Tür für weitere Dialoge stets offen bleibt.

Hans Widmer

ist alt Nationalrat aus Luzern



Wählen auf Ukrainisch: Ein Mitglied der lokalen Wahlkommission des Dorfs Poliany bringt – unter Begleitschutz – die Wahlurne zu den Wählerinnen und Wählern.

Die Lex Koller lebt

Seit 2008 lag die geplante Aufhebung der Lex Koller auf Eis. Nun hat der Nationalrat beschlossen, das Gesetz, das den Kauf von Grundstücken in der Schweiz für Personen aus dem Ausland einschränkt, beizubehalten.

Die Lex Koller spannt einen Vorbehalt über unseren Immobilienmarkt: Wohnimmobilien sind jenen natürlichen und juristischen Personen vorbehalten, die in der Schweiz wohnen, arbeiten, geschäftlich sowie ihren Lebensmittelpunkt und ihren Steuersitz hier haben. Die Lex Koller dämmt damit die Nachfrage nach Immobilien ein. Das ist richtig und wichtig. Immerhin handelt es sich beim Wohnen um ein essentielles Gut: Es muss zwangskonsumiert werden, so wie Wasser oder Luft. Zudem sind die Wohnkosten der mit Abstand grösste Posten in einem Haushaltsbudget. Steigen diese zum Beispiel allein um 100 Franken pro Haushalt und Monat, fehlen bei den Konsumausgaben jährlich wiederkehrend 5 Milliarden Franken. Insofern hat der Immobilienmarkt als Multibillionenmarkt gleich mehrfach eine immanente wichtige volkswirtschaftliche Bedeutung.

Auch die Bindung des Wohnimmobilien-Erwerbs an den Steuersitz durch die Lex Koller ist systematisch richtig. Schliesslich tragen Investitionen der öffentlichen Hand in die Infrastruktur massgeblich zur Wertsteigerung einer Immobilie bei. Deshalb ist es folgerichtig, dass Immobilieneigentümer einen qualifizierten Steuerbeitrag durch Gewinn- und Einkommenssteuern zu leisten haben. In Zeiten, in denen über die Raumplanung das Angebot tendenziell verknappt wird, ist es dringender denn je, dass wir unser einziges nachfragedämmendes Instrument erhalten.

Die negativen Auswirkungen einer Abschaffung

Eine Abschaffung der Lex Koller hätte verschiedene negative Auswirkungen: Die Nachfrage nach Schweizer Wohnimmobilien würde in die Höhe schnellen. Institutionelles und privates Kapital würde in den hoch attraktiven inflations- und wertsicheren und einkommensstarken Schweizer Immobilienmarkt drängen. Dies umso mehr, als die Risiken alternativer sicherer Anlagen – wie etwa Staatsanleihen, Obligationen, konservative Aktienwerte, aber auch andere Währungen – deutlich zugenommen haben. Die erhöhte Nachfrage nach Mehrfamilienhäusern und Eigentumswohnungen würde noch mehr Druck auf die Preise ausüben. Da Immobilienpreise und Mieten

korrelieren, würde sich der Druck auch auf die Mieten oder auf die Renditen auswirken.

Weltweit gibt es vorsichtig geschätzt 12 Millionen sogenannte HNWI (High Net Worth Individuals, also sehr vermögende Privatpersonen). Solche Personen diversifizieren besonders gerne einen Teil ihres Vermögens in wertsichere Immobilienanlagen. Sollte nur 1 Prozent dieser Personen (nebst ihrer Nachfrage nach Mehrfamilienhäusern) eine Zweit- oder Drittwohnung in den besonders beliebten Regionen Zürich, Genf, Zug, Luzern erwerben, hätte dies sowohl einen massiven Siedlungsdruck, als auch ein Einbrechen von Steuersubstrat zur Folge. Im Weiteren würde sich der Druck auf den Schweizer Franken erhöhen. Ebenso würde sich eine preistreibende Konkurrenz unserer direkt investierenden Pensionskassen bemerkbar machen, was deren ohnehin schmale Renditen noch mehr schmelzen lassen würde. Zudem würden unsere Immobilienmärkte volatiliter. Und so ganz nebenbei schützt die Lex Koller vor unfreundlichen Übernahmen.

Die Nachfrage nach Schweizer Wohnimmobilien würde mit der Abschaffung der Lex Koller in die Höhe schnellen.

Der nächste Schritt:

Die Lex Koller modernisieren

Dies haben nun auch der Bundesrat und das Parlament eingesehen. In der letzten Session hat der Nationalrat meine Motion zur Abschaffung der Abschaffung der Lex Koller überwiesen. Und dies nachdem vor fünf Jahren alle grossen Parteien und alle Verbände (ausser Pro Natura) die Lex Koller abschaffen wollten. So gesehen ist es ein grosser Sieg der SP, diesen Meinungsumschwung herbeigeführt zu haben. Als nächstes werden wir die Lex Koller zu einer Lex Sommaruga umbauen und modernisieren. Das ist dringend nötig. Denn die Immobilienpreise und die Mieten brauchen unseren Schutz.

Jacqueline Badran
ist Nationalrätin aus Zürich



KNALLROT

Yvonne Feri
ist Nationalrätin AG
und Präsidentin
der SP Frauen Schweiz



Armutsrisiko Kinder

Armut in der Schweiz bedeutet nicht dasselbe wie Armut in Schwellenländern. Das Verständnis von Armut ist stets auch von Werthaltungen abhängig. Es gibt sicher etwas wie eine «absolute» Armut – also eine Form von Armut, die von allen Menschen anerkannt wird. Als absolut arm gelten Menschen, die um ihr Überleben kämpfen müssen. Ist Armut aber einzig eine Frage des Geldes? Müsste man nicht zusätzlich die immateriellen Aspekte der Lebenssituation eines Menschen umfassend würdigen?

Haushalte mit Kindern – insbesondere Einelternfamilien und kinderreiche Familien – haben gemäss Bundesamt für Statistik ein besonders hohes Armutsrisiko und gehören überdurchschnittlich oft zu den Working Poor. Lag die Armutsquote 2010 im Durchschnitt bei 7,9 Prozent, war sie bei Einelternfamilien mit 25,9 Prozent mehr als drei Mal höher. Eine überdurchschnittliche Armutsgefährdung weisen auch Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern auf (21,2 Prozent).

Der Bundesrat hat in seiner Strategie zur Armutsbekämpfung bei der Bekämpfung der Familienarmut drei Arbeitsfelder definiert, welche besonders bearbeitet werden müssen:

Armutsprävention Um die Armutsgefährdung langfristig und nachhaltig zu minimieren, sind die Bildungschancen und die Chancengerechtigkeit zu fördern.

Armutsbekämpfung über Aktivierung Indem Armutsgefährdete und von Armut betroffene Personen in ihren eigenen Ressourcen gestärkt werden, sollen sie darin unterstützt werden, finanzielle Eigenständigkeit zu erreichen und zu bewahren.

Systemoptimierungen Mit diversen Massnahmen, etwa durch verbesserte Beratung, sollen die Bedarfsleistungen optimiert werden.

Die SP Frauen fordert den Bundesrat dazu auf, Familienarmut nicht nur als reales Problem anzuerkennen, sondern diese mit konkreten Projekten in den drei Bereichen zu bekämpfen. Als weitere Massnahme zur Bekämpfung von Familienarmut schlägt die SP Frauen Ergänzungsleistungen für Familien vor, denn wir erachten die Ergänzungsleistungen als eines der besten Rezepte gegen Armut. Das Ziel muss sein, Erwerbsanreize zu schaffen und die Vereinbarkeit von sozialem Leben, Familie und Erwerbsleben zu fördern. Denn Herdprämien verteilen andere Parteien.

Warum wir Politik machen

«Junge Perspektiven» ist das politische Lehrjahr der SP Schweiz. Wir waren dabei und sagen euch, warum ihr euch für 2013 bewerben sollt.

Ein grosses Dankeschön gebührt der SP Schweiz und Monika Bolliger als Koordinatorin sowie den Referentinnen und Referenten des Nachwuchsprogramms «Junge Perspektiven». Für gut hundert Franken würdest du im Bücherladen vielleicht zwei trockene Ratgeber erhalten. Dafür bietet dir die SP während eines ganzen Jahres ein Team aus mehreren Expertinnen, erfahrenen Campaignern und Politikern aus dem Bundeshaus. An sechs Samstagen trafen wir uns meistens den ganzen Tag in Bern. Die gute Abwechslung zwischen Theorie und Praxis, zwischen den Gesprächen auf der Strasse und den Präsentationen im bequemen Seminarraum gibt dir den optimalen Mix. Du erhältst nicht nur eine Übersicht, sondern auch Tipps und Tricks. Was wir in dieser Zeit auch geschätzt haben, ist der regelmässige Austausch mit jungen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus der ganzen Schweiz. Wir lernten das Sekretariat und damit wichtige Schlüsselpersonen kennen. Wir erhielten einen

anderen Blick auf unsere Hauptstadt Bern. Zusammen mit unserem politischen Engagement in der Sektion war das ein einzigartiges Jahr. Wenn ihr SP- oder Juso-Mitglied und zwischen 18 und 26 Jahre jung seid, bewerbt euch in der nächsten Runde 2013.

Politisches SP-Lehrjahr

Während dieses Jahres – so ging es uns – dachten wir immer wieder über unser Engagement nach: Was ist Politik? Wozu Politik? Warum machen wir Politik? Das sind nicht nur für uns Junge wichtige Fragen, sondern auch für altgediente SP-Mitglieder mit zwanzig oder dreissig Jahren Erfahrung. Nachdem wir unsere Vorstellung mit der Wirklichkeit verglichen haben, finden wir zwei Beobachtungen lehrreich.

In schwierigen Zeiten sind es grosse Widerstände, Respektlosigkeit oder lange und mühsame Sitzungen, die uns auf die Probe stellen. In den schönen Zeiten machen uns die ange-

nommene Initiative, die funkelnden Augen hoffnungsvoller Bürgerinnen und Bürger oder die Wahl in ein Amt umso glücklicher. Wenn wir für uns selbst im Herzen wissen, warum wir uns engagieren, können wir alles überstehen. Je härter wir für etwas gearbeitet haben, desto bedeutender ist der Erfolg. Wir alle müssen überall und jederzeit die Frage beantworten können, warum wir Politik machen und warum Mann und Frau uns wählen sollte.

Wer Politik macht, tut dies nicht im Verborgenen, sondern in der Öffentlichkeit. Diese kann man nicht kontrollieren, sondern sie hat ein Eigenleben. Wir merken plötzlich: Je mehr wir mitbestimmen können, desto stärker wird der Druck. Die politischen Gegner drängen uns in die extreme Ideologie-Ecke, unsere politischen Freunde ärgern sich über Kompromisse und die Medien wollen ihre Story. Doch in unseren Trainings wurden wir darauf eingeschworen, dass wir unsere Identität behaupten können. Die Menschen vertrauen nicht den «Flip-Floppern», sondern denen, die sich selbst treu bleiben.

PROGRAMMÜBERSICHT 2013

Dienstag, 19. März 2013

Fraktionsevent (nachmittags)

Der Event findet während der Session im Bundeshaus mit den eidgenössischen ParlamentarierInnen statt mit anschliessendem Apéro und der Möglichkeit zum Austausch.

Samstag, 13. April 2013

Partei und Politik (ganztags)

Geschichtliche und aktuelle politische Schwerpunkte der SP Schweiz, mit Hans-Jürg Fehr und Christian Levrat.

Samstag, 1. Juni und 15. Juni 2013

Kampagnenschulung (ganztags)

1. Tag: theoretische Kampagnenplanung (z. B. Abstimmungskampagne)
2. Tag: Kampagne in die Praxis umsetzen (dazwischen gibt es «Hausaufgaben»)

Samstag, 24. August 2013

Schreibtraining/Umgang mit Print- und elektronischen Medien (ganztags)

Wie schreibe ich Texte, damit sie abgedruckt werden? Wie pflege ich den Umgang mit Journalistinnen und Journalisten? Genderaspekt in den Medien, neue Medien.

Samstag, 14. September 2013

Medientraining (ganztags)

Wir üben den Umgang mit Radio und TV und bekommen Tipps, wie wir uns persönlich optimal präsentieren und unsere Botschaft rüberbringen.

Samstag, 19. Oktober 2013

Social Media

Wie unterscheiden sie sich von den «alten Medien»? Wie benützen wir sie erfolgreich? Wie planen wir eine Kampagne in den «neuen Medien»?

Es wird erwartet, dass die Teilnehmenden dieses Programms an allen Bildungsanlässen teilnehmen. Für das gesamte Jahresprogramm bezahlen die Teilnehmenden 100 Franken. Darin enthalten sind Verpflegung und Unterlagen. (Bei finanziellen Engpässen finden wir eine Lösung.) Die Reisekosten werden persönlich getragen.

Interessiert?

Mehr Infos und Anmeldung unter www.spschweiz.ch/perspektiven
Falls du Fragen hast, hilft dir Monika Bolliger gerne weiter: Telefon 031 329 69 91



Meeting mit dem Präsidenten: Christian Levrat gibt dem Nachwuchs Tipps auf den Weg

Was ihr tun könnt

Politik ist keine exakte Wissenschaft, sie ist vielmehr eine Kunst. Diese will gelernt, geübt und in der Praxis erprobt sein. Dabei stimmt uns allgemein in der Parteipolitik etwas kritisch: Die Meisterschaft dieser Kunst liegt nicht – wie einige glauben – in unseren guten Absichten, sondern in den wirklichen Veränderungen im Leben der Menschen. Das kann die Aussicht auf gute Arbeitsstellen oder eine lebensrettende Operation oder auch einfach das Lächeln eines Menschen sein, der sich sicher fühlt.

Die SP Schweiz setzt sich seit 1888 für Fortschritt ein – 125 Jahre für die freie Entfaltung des Menschen. Wenn ihr diese Erfolgsgeschichte weiterschreiben wollt, braucht es junge Perspektiven. Es braucht euch.

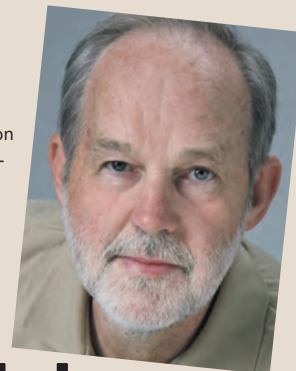


Patricia Kaiser und
Dennis Roy Schwaninger
SP Baselland



GENOSSEN

Edgar Salzmann (1951) ist Mitglied der SP-Sektion Brig-Naters. Er war von 1986 bis 1995 im Gemeinderat von Naters und von 1995 bis 2001 Mitglied und SPO-Fraktionschef des Grossen Rates des Kantons Wallis. Er lebt in Naters und Locarno.



Die grössten Skandale im Rhonetal

Unter dem Titel «Tal des Schweigens» und dem Untertitel «Walliser Geschichten über Parteifilz, Kirche, Medium und Justiz» hat der Oberwalliser Journalist Kurt Marti die grössten Skandale der letzten Jahrzehnte in einem spannenden Buch zusammengefasst.

Wer «Wallis» hört, denkt sofort an Naturschönheiten wie das Matterhorn, den Aletschgletscher, das Goms oder das Lötschental. Das ist die Schokoladenseite des Wallis. Die andere Seite hat ein völlig anderes Gesicht. Der Oberwalliser Journalist Kurt Marti hat als Redaktor der Oppositionszeitung «Rote Anneliese» (RA) während 10 Jahren (2000 bis 2010) erfahren, wie kritische Journalisten im Wallis behandelt werden. Ihre Artikel werden – soweit dies geht – totgeschwiegen, einfach nicht beachtet. Auskünfte werden einem kritischen Journalisten keine erteilt. Es wird geschwiegen. Eine klassische Omertà. Trotzdem hat es Marti immer wieder geschafft, kritische Themen aufzugreifen, sauber zu recherchieren und zu veröffentlichen. Marti schonte dabei niemanden. Er hat sich auch kritisch mit der Politik der SPO-Vertreter auseinandergesetzt, speziell in der Energie- und der Spitalpolitik. Doch ging es ihm vor allem um die dunklen Machenschaften, welche durch das enge CVP-Beziehungsnetz in den letzten 150 Jahren im Wallis entstanden sind. Er hat zahl-

reiche Fälle von Parteifilz, Vetternwirtschaft, illegalen Machenschaften, Intrigen, Willkür, Medizensur und Heuchelei aufgedeckt. Für sein Buch hat er 18 Geschichten, welche in der RA veröffentlicht wurden, zusätzlich recherchiert und aktualisiert. Sie handeln von Missständen in den Walliser Gefängnissen, von entlassenen Klosterfrauen, von Spitalhorror, vom Mattmarkprozess, von Subventionsmissbrauch, vom Goldrausch in der Kantonalbank, vom Finanzdesaster Leukerbad, vom Autobahnskandal, von der Alpen-Opec und weiteren brisanten Dingen. Laut Marti ist die Rolle der RA nicht die Verbreitung der frohen Botschaft. Engagiert und mit Herzblut hat Marti gegen den Filz in der Politik angeschrieben. Die Reaktionen waren oft entsprechend gehässig. Er wurde von der Walliser Justiz wegen übler Nachrede verurteilt und diffamiert. Doch nach einem vier Jahre dauernden Prozess wurde er vom Bundesgericht in allen Punkten freigesprochen und rehabilitiert. Kurt Marti hat eine gute Feder. Sein Buch liest sich leicht, hat stets eine Prise Humor und vermittelt eine etwas andere, neuere Walliser Geschichte. Sozusagen eine Pflichtlektüre für alle, die auch diese Seite des Wallis kennen möchten. Spannend, lehrreich und unterhaltend. Ein wahrer Genuss. Sehr empfehlenswert.



Kurt Marti
TAL DES SCHWEIGENS
Walliser Geschichten
Rotpunktverlag,
Zürich 2012, 222 S.

Der Autor:

Kurt Marti, geboren 1960, ist im Goms aufgewachsen, hat Philosophie und Physik studiert und eine Journalistenschule absolviert. Von 2000 bis 2010 war er Redaktor der «Roten Anneliese». Er lebt und arbeitet als freier Journalist in Brig-Glis. Er ist Redaktor in der Internetzeitung «infosperber».

ROTSTICH

Dürrenmatt,
der Bachelor und
die Apokalypse

Mit einem Zitat von Dürrenmatt zu starten, ist nie falsch: «In Russland wird das Volk durch die Partei verdummt, in den Vereinigten Staaten durch die Television.» Und in der Schweiz? «Die Partei – welche auch immer – lassen wir hier aus dem Spiel. Was das Fernsehen angeht, will ichs mal so sagen: «Der Bachelor» und 3+ sind Fritz erspart geblieben. Die Gnade der frühen Geburt, sozusagen. Gerade das «Verschontsein» begriff der grosse Dichter jedoch zeit lebens als Fluch. Deshalb zappte ich mal rein, in die mittlerweile abgeschlossene TV-Balz: Bachelor Lorenzo, der Sohnmann von FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger, verteilt rote Rosen – was lobenswert ist und mich als Sozialdemokraten berührt. Ich erfahre zudem, dass der Schönling früher auch schon Mister Schweiz und SVP-Gemeinderat werden wollte. Entsprechend werden in der Sendung nicht alle, sondern nur wenige Damen mit Rosen bedacht. Für alle gibt es hingegen ein himmelschreiend sexistisches Show-Konzept und selten dümmliche Skript-Dialoge. Beispiel gefällig? «Lorenzo hat einfach an alles gedacht», hauchte die Schöne. Ja, würde ich im Fall auch, wenn ich ein Drehbuch und einen Sender hätte.

Fazit: «Ich bin verschont geblieben, aber ich beschreibe den Untergang» – damit hätte Dürrenmatt auch den Bachelor meinen können. Immerhin ist die Apokalypse dieser Tage aktuell. Wenn du, liebe Leserin oder lieber Leser, diese Zeilen vor Freitag liest: Lass sofort das «links» liegen! Geh raus und mach etwas, das richtig Spass macht, Hueresiech! Ist bereits Samstag? In diesem Fall entschuldige ich mich für die Wortwahl und wünsche dir erholsame Festtage und einen tollen Start ins 2013. Die Welt ist nicht untergegangen. Noch nicht.

Cüpli-Sozi

Stabübergabe in der SP-Bundeshausfraktion: Ursula Wyss hat nach ihrer Wahl in die Stadtberner Exekutive ihren Rücktritt aus dem Nationalrat bekannt gegeben. Ursula war 1999 ins Parlament gewählt worden, von 2006 bis 2012 war sie Präsidentin der SP-Bundeshausfraktion. Ihren Sitz erbt die Berner Grossrätin **Nadine Masshardt**.



Die Leitung der SP Frauen ist wieder komplett: Mit der Waadtländer Nationalrätin **Cesla Amarelle** ist jetzt auch die Suisse romande wieder im Präsidium vertreten. Cesla wurde an der Frauenkoordination Anfang November zur Vizepräsidentin der SP Frauen gewählt. Als Präsidentin bestätigt wurde die Aargauer Nationalrätin Yvonne Feri.



Geneigte «links»-Leserinnen und -Leser mögen sich an ihn erinnern: den ehemaligen Chefredaktor **Stefan Krattiger**. Nun: He's back! Ab Februar wird Stefan wieder im Dienste der Partei stehen. Und zwar nicht etwa als Chefredaktor, sondern als Leiter der Abteilung Kampagnen und Kommunikation, sprich: als Chef der Chefredaktorin.



GRATULATION



Unsere Schwesterzeitung «socialistes.ch» hat letzte Woche ihre sechzigste Ausgabe gefeiert. Wir gratulieren herzlich! (Aus zuverlässiger Quelle wissen wir, dass sich «socialistes.ch» um eine Aufnahme bei der SP 60+ beworben hat.)

LESERBRIEF

Mehr Ehrlichkeit, bitte!

In meinem Leserbrief im links vom April 2012 (Die Schweiz braucht eine starke, staatstragende linke Partei) hatte ich unter anderem mehr Ehrlichkeit gefordert. Viele Politiker aller Parteien lügen, verdrehen Tatsachen oder beschönigen sie. An die SP Schweiz, meine Partei, stelle ich aber wesentlich höhere Anforderungen, denn unser Anspruch ist es doch, eine bessere Welt zu schaffen! Und das muss beim Einzelnen anfangen.

Leider beschönigt auch Andy Tschümperlin bei seiner Stellungnahme zum Referendum

zum Asylgesetz die Gründe, die zur massiven Migration nach Europa führen. Er redet nur über die Flüchtlinge –, das sind echte Flüchtlinge – die vor Verfolgung, Unterdrückung und der Bedrohung an Leib und Leben Sicherheit suchen. Der wachsende Widerstand unseres Volkes gegen die Zuwanderung ist aber deshalb entstanden, weil die Menschen gemerkt haben, dass der ganz überwiegende Teil der Flüchtlinge nicht aus den von Andy Tschümperlin genannten Gründen in unser Land kommen, sondern weil sie hoffen, bei uns Arbeit zu finden oder mindestens gross-

zügige Sozialhilfe zu erhalten. Denn wie sonst kann man sich erklären, dass fast nur Männer im besten arbeitsfähigen Alter verfolgt, unterdrückt oder mit dem Tod bedroht werden und zu uns kommen? Warum sind ihre zurückbleibenden Eltern, Onkel und Tanten, Brüder, Schwestern, Kinder nicht bedroht?

Darum hat das Referendum kaum eine Chance. Aber mit einer derart unaufrichtigen Argumentation schwächte man die Stellung derjenigen, die sich für die Aufnahme echter Flüchtlinge einsetzen.

Gotthard Frick, Bottmingen

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Umgang mit Konflikten am Arbeitsplatz

24.–25.1.2013; Restaurant Römertor, Winterthur
Kommunikation, Konfliktformen, Interventionsinstrumente. Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

Meine Anliegen am Arbeitsplatz durchsetzen

5.–6.2.2013; Fortbildungszentrum, Oberdorf SO
Verhandlungsspielräume, Phasen eines Verhandlungsgesprächs, Win-win-Strategie, Techniken im Gespräch, Übungen an Fallbeispielen. Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

Älter werden im Beruf

18.–19.2.2013; Fortbildungszentrum, Oberdorf SO
Stärken und Schwächen, Balance von Berufs- und Privatleben, Veränderungen, Umgang mit der eigenen Energie. Referentin: Sylvia Frey Werlen (Erwachsenenbildnerin)

Basisseminar Gewerkschaftspolitik

19.–20.2.2013; Hotel Flora Alpina, Vitznau
Rolle und Entwicklung Gesamtarbeitsverträge, Mobilisierung, Funk-

tion der Gewerkschaften, betriebliche Mitwirkung, Auftrag der Personalvertretungen. Referent: Bruno Bollinger (Unia)

Basisseminar für Mitglieder von Personalvertretungen

19.–21.2.2013; Hotel Flora Alpina, Vitznau
Aufgaben und Rechte einer Personalvertretung, Rollenverständnis
Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

Dies und noch vieles mehr bieten wir an in Deutsch und Französisch. Es freut uns, wenn wir dich neugierig gemacht haben. Alle Ausschreibungen sind auf unserer Homepage ersichtlich. Gerne stellen wir dir auch unsere Broschüren zu (031 370 00 70 oder info@movendo.ch).

Die Kosten für Gewerkschaftsmitglieder werden meistens von der Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif. Weiter kann bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Telefon 031 329 69 91) finanzielle Unterstützung beantragt werden. Die Anmeldung erfolgt online: www.movendo.ch, info@movendo.ch, Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031 370 00 71

AGENDA

29. Januar, 18.15: **Erste Sitzung der AG Gleichstellung**
SP Schweiz, Spitalgasse 34, Bern

1. März: **Koordinationskonferenz**
in Solothurn

2. März: **Delegiertenversammlung**
in Solothurn

28. Juni: **Koordinationskonferenz**

29. Juni: **Delegiertenversammlung**

25. Oktober: **Koordinationskonferenz**

26. Oktober: **Delegiertenversammlung**

www.spschweiz.ch

Wer stösst die Türe auf?



Jacqueline Fehr
ist Nationalrätin (ZH)
und Vizepräsidentin
der SP Schweiz

Wenn wir Linken über Israel und Palästina sprechen, werden wir uns oft fremd. In diesem Konflikt gibt es nichts, das einfach ist. Es gibt kein Gut und kein Böse. Kein Schwarz und kein Weiss. Es gibt auf der einen Seite die Besatzung und die Siedlungen. Es gibt eine israelische Politik, die sich laufend radikalisiert, und eine Bevölkerung, die immer unpolitischer wird. Die tiefstzuckende Angst ist allgegenwärtig – genährt von einer dramatischen und schmerzvollen Vergangenheit und einer Gegenwart, in der die Existenz Israels in den Augen vieler bedroht ist. Und dann gibt es jene extremistischen Kräfte in Israel, die längst entschieden haben, wem das Land dereinst gehören wird: ihnen.

Auf der anderen Seite gibt es ein besetztes Volk. Darunter gibt es Gruppierungen, die Raketen abschiessen und interne Machtkämpfe auf dem Rücken der eigenen und der israelischen Bevölkerung austragen. Es gibt diese kleine Elite, die vom Elend der Menschen schamlos profitiert, so wie überall, wo man den Menschen Demokratie und Freiheit raubt. Die soziale Ungleichheit unter den Palästinenserinnen und Palästinensern verschärft sich. Das Tunnelgeschäft im Süden des Gazastreifens verteilt den Reichtum sehr ungleich. Und im Westjordanland kann die Fatah die korrupten Strukturen nicht abschütteln. Der Versuch, aus dem politischen Konflikt auch einen religiösen Streit zu machen, trägt immer mehr Früchte. Der Blick wird enger und fanatischer.

Es gibt in Israel und Palästina nur noch ganz wenige Menschen, die an die Zweistaatenlösung glauben. Und dafür einsetzen tut sich niemand. Vielleicht in letzter Minute haben 138 Staaten – darunter auch die Schweiz – mit ihrem Ja zum Beobachterstatus für Palästina in der UNO dafür gesorgt, dass wenigstens international die Türe zur Zweistaatenlösung nicht ganz zugeschlagen wird. Doch wer stösst die Türe jetzt auf?

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 40308 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

andrea.bauer@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

mueellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.12.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 28.1.



Armenien

Armes Land - Reiche Kultur

Armenien im südlichen Kaukasus

Armenien, das kleine postsowjetische Land in den Bergen des südlichen Kaukasus - nicht unähnlich der kleinen Schweiz in den Alpen - liegt am Schnittpunkt zwischen Europa und Asien und blickt auf eine jahrtausende alte, reiche Kulturgeschichte im Südkaukasus, in Anatolien und bis zum Mittelmeer zurück. Durch die Zerstörungen des Erdbebens von 1988, Befreiung und Krieg von 1990 und die folgende Energiekrise ist die stark entwickelte Wirtschaft im nun unabhängigen Armenien völlig zusammengebrochen und konnte sich bis heute nicht erholen.

"ZIRAN" ist das armenische Wort für Aprikose, eine Frucht, die seit so langer Zeit in diesem Land angebaut wird, dass schon die Römer sie für eine einheimische Frucht hielten: "prunus armeniaca". Sie spielt eine wichtige Rolle in der lokalen Kultur und Landwirtschaft - neu auch wieder für den Export. ZIRAN-Projekte gehen aus persönlichen Begegnungen in Armenien hervor und streben die Förderung von Verdienstmöglichkeiten insbesondere für Bewohner von abgelegenen Dörfern an.

Die besondere Reise im Sommer 2013

Eine Studienreise nach Yerevan und zu den Natur- und Kulturschätzen des nördlichen und mittleren Armenien, geführt durch die Reisehochschule Zürich. **rhz : 6.6. - 17.6.2013**
 In wenigen Tagen begegnen Sie Kirchen und Klöstern aus frühesten christlichen Zeiten, filigran bearbeiteten Kreuzsteinen; vorchristlichen Sakral- und Profanbauten, Menhiren und Steinkreisen; überraschenden Landschaften und Formationen des geologisch jungen Landes; Geschichte und Kunst aus allen Zeiten, der eigenen Schrift seit dem 5. Jahrhundert - in Museen, auf dem offenen Land und im alltäglichen Leben.



Originale Produkte aus Armenien

Natürlicher Honig vom Sevansee

Unser biologischer produzierter Honig der **Imker-Kooperative** südöstlich des Sevansees wird im kommenden Jahr wieder ...

Trockenfrüchte und Kräuter

Aprikose «prunus armeniaca» (mit schmackhaften Kernen), Pflaume, Pfirsich, Kirsche, Baumnuss, Haselnuss gedeihen in vielen Lagen als besonders leckere Früchte. Von **Kleinbauern** kultivierte, von der Produzentenorganisation «cheer» aufbereitet, von ZIRAN in die Schweiz gebracht.

Kunsth Handwerk von feinsten Qualität

Kunstvoll in unterschiedlichen Hölzern gearbeitete Bibel- und andere Szenen von Sasoon Yengibaryan. Traditionelle Blasinstrumente wie Duduk, Blul, Shvi, Zurna aus Aprikosenholz von Karen Hakobyan und Artur Grigoryan.

Es ist ein Anliegen all unserer ZIRAN-Projekte, dass Arbeiten und Verdienst in Armenien bleiben. Daher werden unsere Produkte fertig für den Verkauf in die Schweiz aufbereitet. Der Verkaufserlös kommt vollumfänglich **Aufbau und Förderung unserer Projekte im Rahmen des ZIRAN - Projekts** zugute.

info@ziran.ch

www.ziran.ch



ZIRAN-REISEN

Reisen in Armenien Unterstützen der Bevölkerung

Unsere Reise-Angebote bringen Sie in Kontakt mit Geschichte und Gegenwart dieses Landes, mit dem Symbol-Berg Ararat und weiten Gebirgs-Landschaften des südlichen Kaukasus, mit vielen Zeugen einer geologisch jungen Natur und einer mehr als 3000 Jahre alten, schon seit frühesten Zeiten christlichen Kulturgeschichte

– und alles durchflutet von diesem besonderen Licht ...

In der Regel (auf Wunsch) werden Sie bei den Leuten wohnen, die für Ihr Wohlbefinden sorgen. Und der enge Kontakt mit der lokalen Bevölkerung wird Ihnen Einblick geben in den armenischen Alltag und die Lebensweise der Menschen.

pierrot hans Delphinstrasse 7 CH-8008 Zürich
 +41 44 241 41 31 / +41 79 666 01 26
www.ziran.ch : info@ziran.ch

2013

Wandern/Reiten "Privolnoje":	16.06. - 27.06. / 14.07. - 25.07.
(ab Flughafen Yerevan)	04.09. - 19.09. /... CHF 1'500.-
Oster- und Pfingstreise:	21.03. - 01.04. / 09.05. - 20.05.
(ab Flughafen Yerevan)	CHF 930.-
Kultur Yerevan - "Alaverdi":	16.06. - 01.07. /... CHF 1'490.-
Pferde-Trekking "Enokavan":	Termine auf Anfrage
(ab Flughafen Yerevan)	CHF 1'500.-
Flugpreise ab Zürich variieren je nach Route und Saison: CHF 600 - 1'500.-	
--> rhz: Bildungsreise nach Armenien: 06.06. - 17.06. CHF 3'450.-	
--> Eine weitere Bildungsreise nach Armenien und Karabagh ist neu im Aufbau	
... bald auf neuer Website --> www.ziran.ch <--	

